



KfW Research

»»» KfW-Mittelstandsatlas 2024
Von Spitzenpositionen und Nach-
holpotenzialen – die regionalen
Facetten des Mittelstands in den
Bundesländern

Bank aus Verantwortung

KfW

Impressum

Herausgeber

KfW Bankengruppe
Abteilung Volkswirtschaft
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0, Telefax 069 7431-2944
www.kfw.de

Autoren:

Dr. Michael Schwartz
Telefon 069 7431-8695

Dr. Juliane Gerstenberger
Telefon 069 7431-4420

Copyright Titelbild
Quelle: Istock.com / Fotograf: iconeer

Frankfurt am Main, Juli 2024

Von Spitzenpositionen und Nachholpotenzialen – die regionalen Facetten des Mittelstands in den Bundesländern

Der Mittelstand in Deutschland hat erstaunliche regionale Facetten, die in der gesamtdeutschen Betrachtung unentdeckt bleiben. Ebenso unterscheiden sich auch die Herausforderungen der mittelständischen Unternehmen ausgeprägter als eine räumlich aggregierte Analyse vermuten lässt.

Der neue KfW-Mittelstands atlas 2024 dokumentiert diese regionalen Besonderheiten – wie auch übergreifende Gemeinsamkeiten – der mittelständischen Unternehmenslandschaft in seiner ganzen Bandbreite. Die detaillierte Analyse bundeslandesspezifischer Strukturen sowie wesentlicher Indikatoren der mittelständischen Geschäftstätigkeit umfasst die Jahre 2018 bis 2022.

Unsere Ergebnisse unterstreichen, abseits struktureller Unterschiede, die regionale Vielfalt des Mittelstands, und können Impulse für wirtschaftspolitische Debatten auf Landesebene geben.

Über 3,8 Mio. kleine und mittlere Unternehmen (KMU) gibt es in Deutschland. Sie sind Motor für Wachstum, schaffen Arbeitsplätze, bilden junge Menschen aus und prägen mit ihren Investitionen und Innovationen die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Diese mittelständischen Unternehmen – dazu zählen kleine Handwerksbetriebe genauso wie Selbstständige und traditionsreiche Familienunternehmen – sind zentrale Elemente für die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft.

Das KfW-Mittelstandspanel von KfW Research begleitet die Entwicklung der mittelständischen Unternehmen seit mittlerweile 22 Jahren und informiert in regelmäßigem Turnus zur aktuellen Lage, zu wesentlichen strukturellen Entwicklungen und zentralen Indikatoren für den Mittelstand hierzulande (siehe Infobox am Ende). Aber der Mittelstand hat viele Gesichter – das hat die erstmalige, breit angelegte Differenzierung der Daten des KfW-Mittelstandspanels nach Bundesländern vor nunmehr sechs Jahren gezeigt.¹ Seitdem ist viel passiert. Der KfW-Mittelstands atlas 2024 legt eine ausführliche Aktualisierung nicht nur der landesspezifischen Strukturen des Mittelstands vor, sondern ebenso zu den wesentlichen Indikatoren der mittelständischen Geschäftstätigkeit in den Ländern. Die Grundlage bilden die fünf jüngsten jährlichen Erhebungswellen des KfW-Mittelstandspanels.

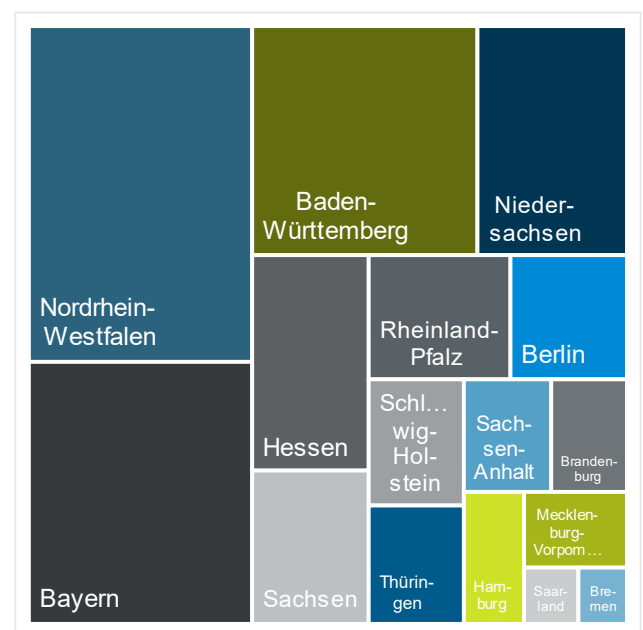
Im zugrundeliegenden Betrachtungszeitraum der Jahre 2018 bis 2022 ist folglich die Phase der Coronapandemie inbegriffen – die der Mittelstand aller Belastungen zum Trotz dank Anpassungsfähigkeit weitgehend gut überstanden hat² – sowie die anfänglichen Folgen des Kriegs in der Ukraine bzw. der dadurch ausgelösten Energiekrise.

Große Spannweite: Die Unternehmenslandschaft der Bundesländer im Kurzüberblick

Die rund 3,8 Mio. mittelständischen Unternehmen stellen 99,95 Prozent des gesamten Unternehmensbestands in Deutschland. Sie sind daher eine tragende Säule des deutschen Arbeitsmarkts – zuletzt waren mit 32,33 Mio. erwerbstätigen Personen so viele Menschen in KMU beschäftigt wie nie zuvor. Davon entfielen im Jahr 2023 mit rund 16 Mio. Erwerbstätigen etwas mehr als die Hälfte (bzw. mehr als in den restlichen 13 Ländern zusammengenommen) allein auf die drei größten Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg (Grafik 1). Das entspricht auch dem Verhältnis aller Erwerbstätigen dieser Länder an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Deutschland (ca. 52 %).³

Grafik 1: Verteilung der Erwerbstätigen im Mittelstand auf die Bundesländer

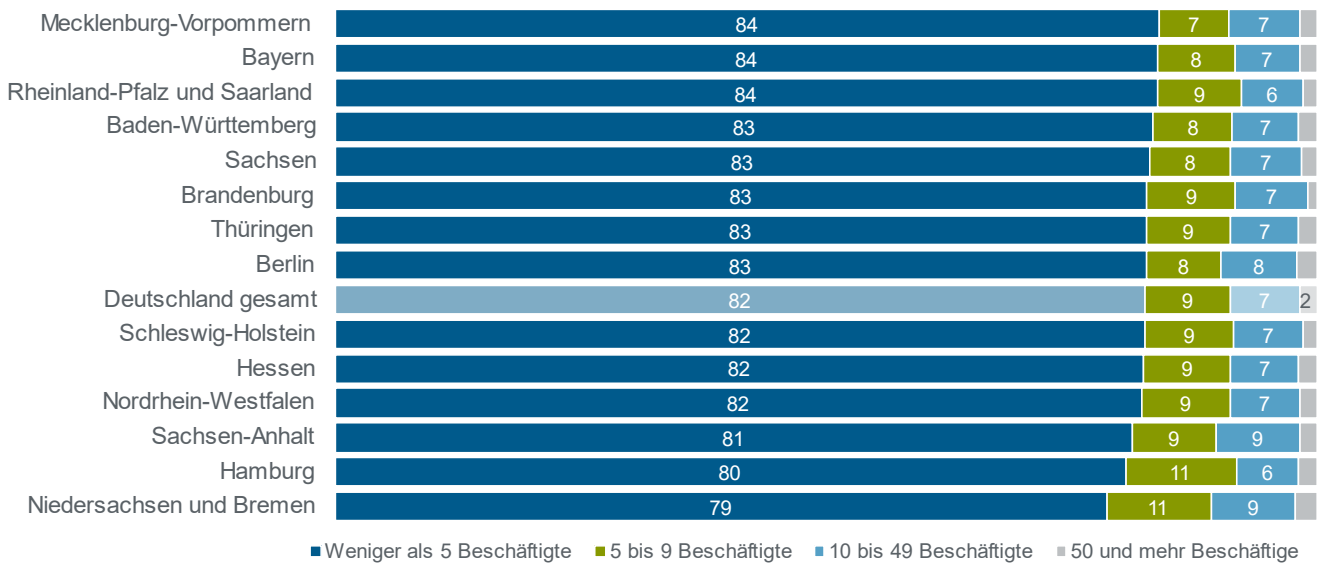
Anmerkung: Die Fläche der Bundesländer-Vierecke entspricht ihrem Anteil an allen Erwerbstätigen im Mittelstand. Bezugsjahr ist 2023.



Quelle: KfW Research.

Grafik 2: Anteile der Beschäftigten-Größenklassen nach Bundesländern

In Prozent; VZÄ-Größenklassen



Quelle: KfW Research.

Die mittelständischen Unternehmen sind der wichtigste Antrieb des anhaltenden Beschäftigungsbooms in Deutschland. Die kräftigen Zuwächse in der Erwerbstätigkeit bei KMU haben ihre Bedeutung für den Arbeitsmarkt deutlich steigen lassen: Der Anteil KMU-Beschäftigter an allen Erwerbstätigen kletterte kontinuierlich von 66,8 % im Jahr 2012 auf 71,9 % im Jahr 2021. Trotz eines Beschäftigungszuwachses konnten die mittelständischen Unternehmen zuletzt im Jahr 2022 mit dem gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsaufbau aber nicht Schritt halten – ihr Anteil ging leicht auf 70,9 % zurück.

Kleinstunternehmen dominieren in allen Regionen

Die grundsätzliche Größenstruktur des Mittelstands ist in den Bundesländern weitgehend ähnlich (Grafik 2). Kleinstunternehmen mit weniger als 5 Vollzeitäquivalent-Beschäftigten (VZÄ) stellen in allen Bundesländern den überwiegenden Teil der KMU (82 %). In den vergangenen Jahren hat sich die Kleinteiligkeit des Mittelstands dabei verstärkt, d. h. der Anteil der Kleinstunternehmen hat zugenommen (+1 Prozentpunkt). Der Hauptgrund für diese Entwicklung ist die zunehmende Tertiärisierung, d. h. der Wandel von einer Industriegesellschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft. Etwas ausgeprägter ist die Kleinteiligkeit des Mittelstands in Mecklenburg-Vorpommern, Bayern sowie Rheinland-Pfalz und Saarland. Jeweils 84 % der KMU sind hier Kleinstunternehmen. Den geringsten Anteil an Kleinstunternehmen weisen Niedersachsen und Bremen auf (79 %).

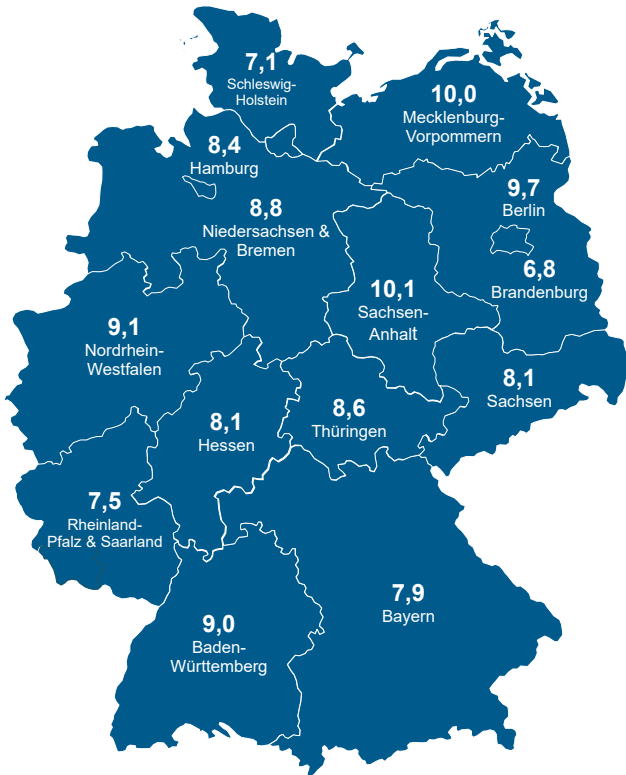
Die Spannweite des Segmentanteils von größeren Mittelständlern (50 und mehr VZÄ-Beschäftigte) ist

moderat. Der Anteil liegt in allen Bundesländern recht einheitlich um die 2 %. Nur in Brandenburg ist der Anteil aktuell mit 1 % etwas geringer. Etwas mehr Variation existiert bei der durchschnittlichen Unternehmensgröße (Grafik 3). An der Spitze stehen Unternehmen aus Sachsen-Anhalt mit durchschnittlich 10,1 VZÄ-Beschäftigten sowie Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern (10,0 VZÄ-Beschäftigte). Auch in Berlin sind die Unternehmen im Durchschnitt vergleichsweise groß (9,7 VZÄ-Beschäftigte). Anders beispielsweise in Brandenburg: Hier sind KMU mit durchschnittlich 6,8 VZÄ-Beschäftigten etwa um ein Drittel kleiner. Die durchschnittliche KMU-Größe in Deutschland lag im betrachteten Zeitraum bei 8,6 Vollzeitäquivalent-Beschäftigten.

Dienstleistungen prägen Mittelstand überall – dennoch große Unterschiede

Auch bei der Branchenzusammensetzung gibt es zwischen den Bundesländern einige Gemeinsamkeiten. So prägen in allen Teilen Deutschlands Dienstleistungsunternehmen den Mittelstand. Dieser Umstand reflektiert die in allen entwickelten Volkswirtschaften zu beobachtende Verlagerung des wirtschaftlichen Schwerpunktes hin zum Dienstleistungsbereich. Zum einem spielt hier die Auslagerung bzw. Vergabe vormals unternehmensintern durchgeführter Leistungen an Fremdunternehmen eine Rolle (beispielsweise IT-Wartung, Datenspeicherung, Personalrekrutierung, Bereiche Recht und Steuern). Zum anderen erzeugen strukturelle Entwicklungen schon länger eine erhöhte Dienstleistungsnachfrage (beispielsweise im Zuge des demografischen Wandels).

Grafik 3: Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten nach Bundesländern



Quelle: KfW Research.

Gegenwärtig sind über 2,9 Mio. Dienstleister im Mittelstand aktiv. Je nach Bundesland schwankt ihr Anteil zwischen 77 % (Brandenburg) und bemerkenswerten 95 % (Hamburg) (Grafik 4). Nicht zuletzt sind sie Hauptträger des Beschäftigungsaufbaus der letzten Jahre: Alle mittelständischen Dienstleistungsunter-

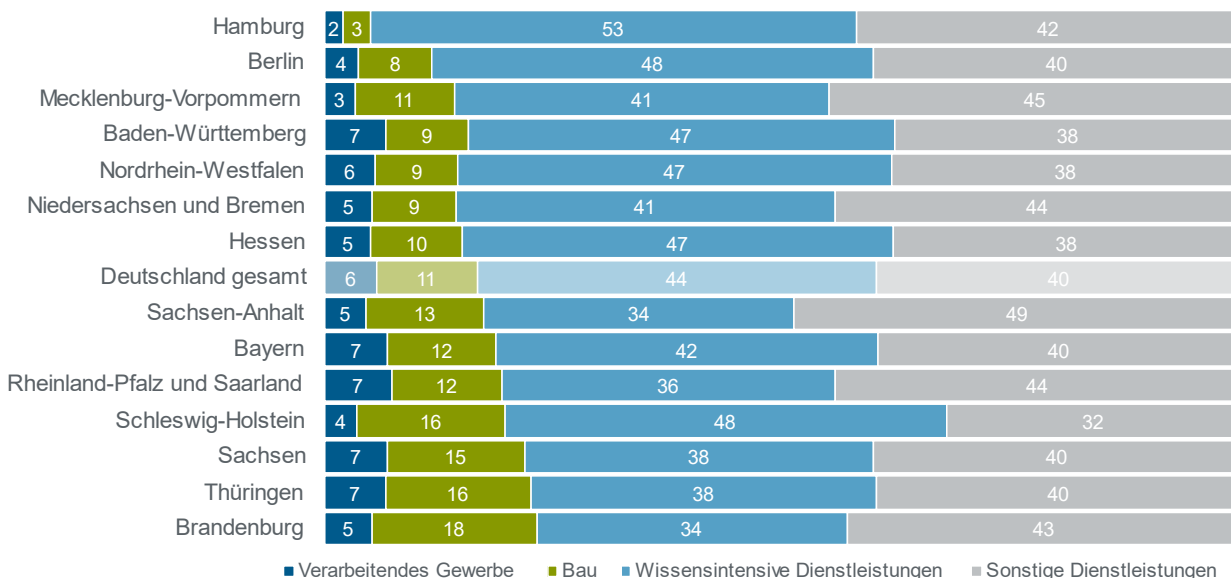
nehmen zusammen beschäftigen aktuell 19,7 Mio. Erwerbstätige (ohne Handel). Zur Jahrtausendwende waren es „nur“ 12,7 Mio.

Ein genauer Blick auf die Zusammensetzung der Branchen in den Bundesländern verdeutlicht aber auch einige Unterschiede. In den Stadtstaaten Berlin und Hamburg dominieren KMU der wissensintensiven Dienstleistungen (48 bzw. 53 %), wie beispielweise Rechtsanwaltskanzleien, Architektur- und Ingenieurbüros, PR-, Finanz- oder Personalberatung.⁴ Diese Ballung von Dienstleistungen auf engem geografischen Raum lässt sich vor allem mit den Bedürfnissen dieser Branchen erklären: Sie profitieren von sogenannten Urbanisierungsvorteilen wie Diversifizierung, großen Kundengruppen, kurzen Distanzen und den Vorteilen eines effizienten Ideen- und Informationsaustausches.⁵ Insgesamt betrifft dies Branchen mit einem hohen Akademikeranteil bzw. einer starken Technologieorientierung. Das Verarbeitende Gewerbe ist in Berlin und Hamburg dagegen nur unterdurchschnittlich vertreten. Gleiches gilt für das Baugewerbe, dem insbesondere in Hamburg nur ein sehr kleiner Teil der kleinen und mittelständischen Unternehmen angehören.

Auffällig ist, dass die Transformation der Wirtschaftsstruktur hin zu mehr Dienstleistungen – vor allem Unternehmensdienstleistungen – in vielen westdeutschen Bundesländern bereits weiter vorangeschritten ist als in Ostdeutschland. KMU im Bereich der wissensintensiven Dienstleistungen weisen in Schleswig-Holstein, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg sehr hohe Anteile auf (47 bis 48 %).

Grafik 4: Branchenverteilung nach Bundesländern

Unternehmensanteile in Prozent



Anmerkung: Darstellung der Branchenverteilung aus methodischen Gründen ohne die Anteile für die Kategorie „Sonstige Branchen“.

Quelle: KfW Research.

In vielen ostdeutschen Bundesländern sind Unternehmen der wissensintensiven Dienstleistungen dagegen unterrepräsentiert (34 bis 41 %) – ihr Anteil hat in den letzten Jahren jedoch merklich zugenommen. KMU im Bereich der sonstigen Dienstleistungen sind dafür insbesondere in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern präsent (49 bzw. 45 %). Darunter fallen unter anderem Unternehmen aus den Bereichen Gesundheits- und Sozialwesen, Aus- und Weiterbildung, Gastronomie- und Hotelgewerbe oder Kultur und Sport.

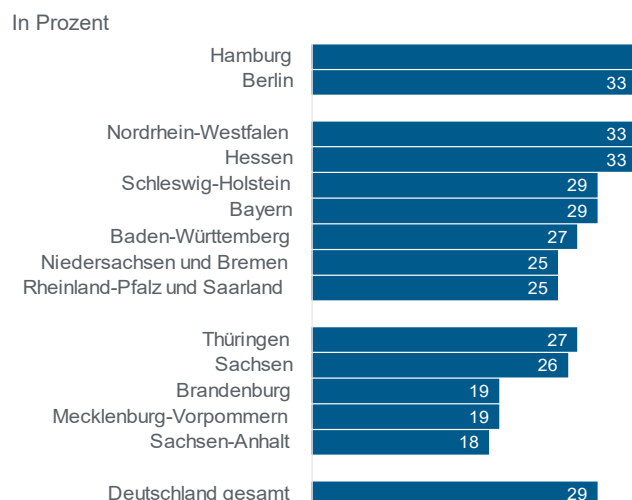
Überdurchschnittlich hohe Anteile von Bauunternehmen finden sich vor allem in den ostdeutschen Bundesländern wie Brandenburg (18 %), Thüringen (16 %), Sachsen (15 %) und Sachsen-Anhalt (13 %). Ursache hierfür ist unter anderem der Investitionsschub in Infrastruktur, Wohnungs- sowie Industriebauten, der sich nach der Wiedervereinigung in den ostdeutschen Bundesländern einstellte. Dies hat den Bedarf an Bauunternehmen und Handwerksbetrieben hochgehalten.⁶ Aber auch in Schleswig-Holstein liegt der Anteil von Bauunternehmen am mittelständischen Unternehmensbestand mit 16 % deutlich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt.

Anteil der Freiberufler insbesondere in Hamburg sehr hoch

Rund drei von zehn KMU sind sogenannte Freiberufler. Dabei handelt es sich um eine Form der Selbstständigkeit bei der einer wissenschaftlichen, künstlerischen, unterrichtenden, erzieherischen oder schriftstellerischen Tätigkeit nachgegangen wird.⁷ Beispiele hierfür sind Heilberufe wie (Zahn-)Ärzte, Physiothera-

peuten, Hebammen, Rechts-, steuer- und wirtschafts-

Grafik 5: Anteil der Freiberufler an allen KMU nach Bundesländern

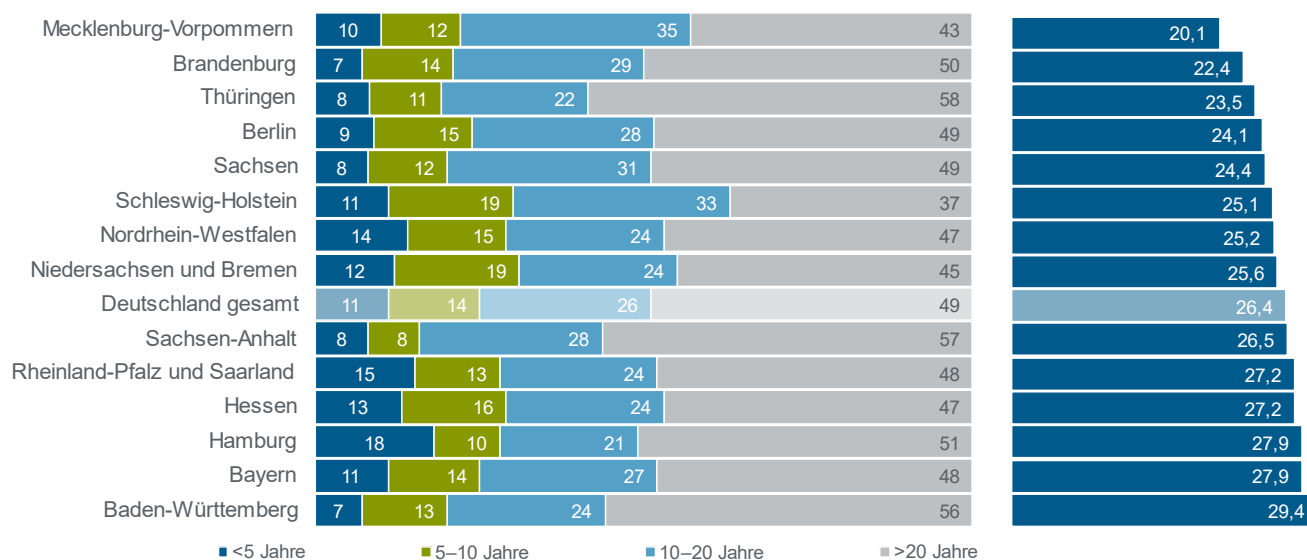


Quelle: KfW Research.

beratende Berufe wie Rechts-/Patentanwälte, Notare, Wirtschaftsprüfer sowie naturwissenschaftliche und technische Berufe wie Architekten, Vermessungsingenieure etc. Da es sich hierbei in der Regel um Dienstleistungen handelt, ist es nicht überraschend, dass der Anteil der Freiberufler in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin überdurchschnittlich hoch ist. Gleiches gilt auch für Nordrhein-Westfalen und Hessen. Alle vier Bundesländer weisen relativ hohe Anteile der Dienstleistungsbranche auf. In den ostdeutschen Bundesländern Sachsen-Anhalt (18 %), Mecklenburg-Vorpommern (19 %) und Brandenburg (19 %) ist der Anteil der Freiberufler dagegen am geringsten.

Grafik 6: Betriebsalter der KMU nach Bundesländern

Anteil KMU je Altersgruppe in Prozent – durchschnittliches Unternehmensalter in Jahren (kursiv) / aufsteigende Sortierung nach Durchschnittsalter (rechts)



Quelle: KfW Research.

Mittelständische Unternehmenslandschaft wird in allen Bundesländern älter

Mit einem durchschnittlichen Betriebsalter von rund 20 Jahren ist der Mittelstand in Mecklenburg-Vorpommern am jüngsten (Grafik 6). Aber auch die anderen ostdeutschen Bundesländer weisen eine vergleichsweise junge KMU-Landschaft auf (unternehmerisches Durchschnittsalter zwischen 22 und 24 Jahren). Hier mussten sich kleinteilige, privatwirtschaftliche Strukturen (der vormals weitgehend in Großbetrieben organisierten Wirtschaft) nach der deutschen Wiedervereinigung erst schrittweise etablieren. Die Unternehmenshistorien sind daher naturgemäß kürzer. Den deutschlandweit höchsten Anteil an KMU jünger als 5 Jahre weist mit 18 % allerdings Hamburg auf – dies ist nicht überraschend, da Hamburg eine der führenden Start-up-Metropolen in Deutschland ist. Baden-Württemberg und Brandenburg haben mit je 7 % den niedrigsten Anteil an jungen Unternehmen.

Den höchsten Anteil an KMU, die länger als 20 Jahre am Markt aktiv sind, gibt es in Thüringen und Sachsen-Anhalt (58 und 57 %). Die im Mittel „dienstältesten“ Mittelständler (Durchschnittsalter 29 Jahre) sind in Baden-Württemberg angesiedelt. Hier finden sich zahlreiche mittelständische Traditionsunternehmen. Schleswig-Holstein hat mit 37 % den niedrigsten Anteil älterer Unternehmen und hat dadurch in der Gesamtsicht eine ebenfalls recht junge KMU-Landschaft (Durchschnittsalter 25 Jahre).

Im Vergleich zur Vorerhebung im Jahr 2018 ist das mittlere Betriebsalter der Unternehmen um etwas

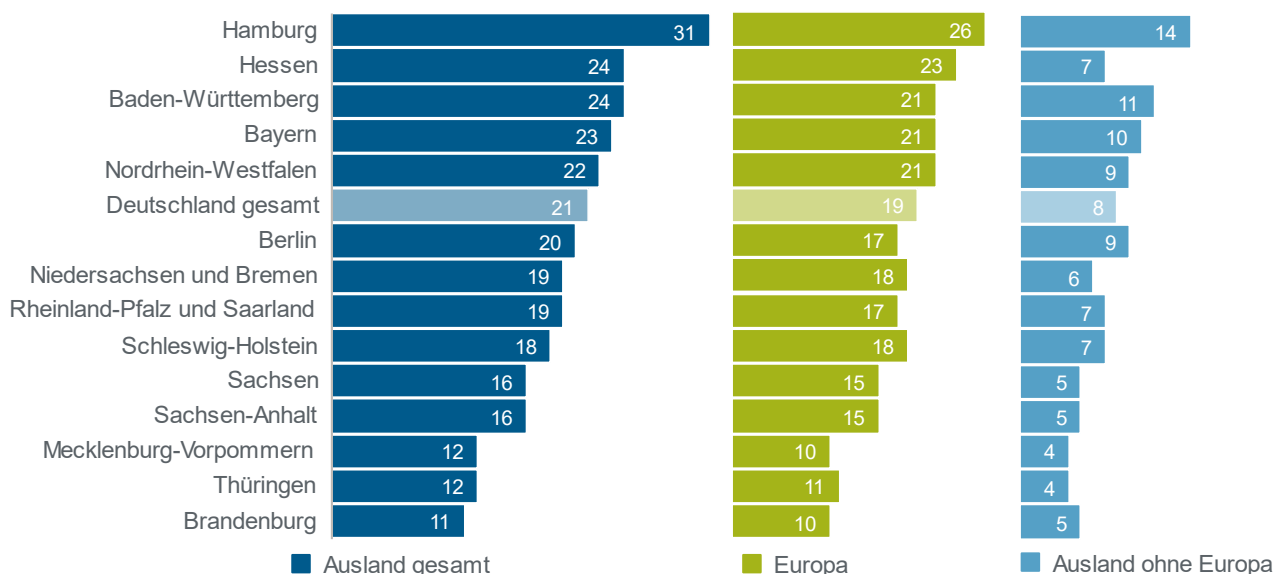
mehr als drei Jahre gestiegen. Die Alterung der Unternehmenslandschaft zeigt sich dabei deutlich in der Verschiebung der einzelnen Alterskohorten. Der Anteil an KMU, die jünger sind als zehn Jahre ist von 32 auf 25 % gefallen. Gleichzeitig gibt es deutlich mehr Unternehmen mit einem hohen Betriebsalter von mehr als 20 Jahren (von 39 auf 49 %). Mit anderen Worten: Die Gründungstätigkeit in den letzten Jahren hat nicht ausgereicht, eine fortschreitende Alterung der mittelständischen Unternehmenslandschaft zu verhindern. Es gibt zu wenige junge Unternehmen. Aber auch hier zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. Während das durchschnittliche Unternehmensalter in Niedersachsen lediglich um 0,6 Jahre gestiegen ist, ist die Unternehmenslandschaft in Sachsen-Anhalt durchschnittlich um 6 Jahre und in Schleswig-Holstein um 5 Jahre gealtert.

Standortfaktor Häfen: Mittelständler aus Hamburg stark im Auslandsgeschäft

Rund jeder fünfte Mittelständler in Deutschland war in den vergangenen Jahren im Ausland aktiv, d. h. sie haben ihre Produkte oder Dienstleistungen exportiert oder, deutlich seltener, über eine Vertriebsniederlassung im Ausland abgesetzt. Mit Umsätzen von zuletzt 701 Mrd. EUR im Jahr 2022 spielt das Auslandsgeschäft eine wichtige Rolle für die Gesamtumsätze des Mittelstands. Die Bedeutung der internationalen Verflechtung für die KMU ist zwischen den Bundesländern aber höchst unterschiedlich (Grafik 7).

Grafik 7: Anteil auslandsaktive KMU nach Bundesländern und Zielregionen

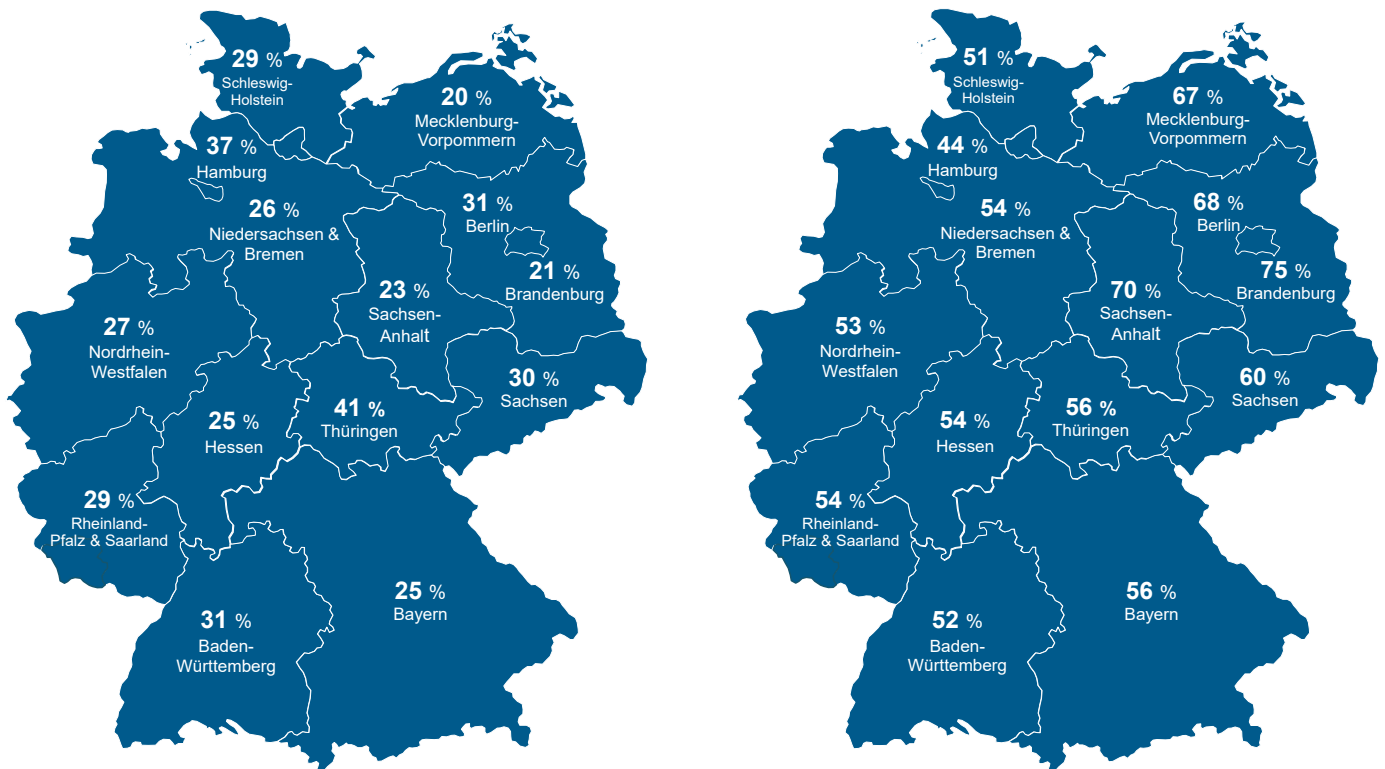
Unternehmensanteile in Prozent



Quelle: KfW Research.

Grafik 8: Anteil des Auslandsumsatzes (links) und Anteil des lokal erzielten Umsatzes (rechts)

Jeweils im Verhältnis zum Gesamtumsatz; links: Nur Unternehmen mit Auslandsumsatz / rechts: Nur Unternehmen mit lokalem Umsatz innerhalb eines 50 km-Umkreises.



Quelle: KfW Research.

Wie auch in der Vorerhebung steht Hamburg an der Spitze der Rangliste. Fast jedes dritte hier ansässige Unternehmen erzielt grenzüberschreitend Umsätze (31 %). Etwa ein Viertel aller mittelständischen Unternehmen aus Hamburg ist auf europäischen Märkten aktiv. 14 % der Unternehmen erzielen außer-europäische Umsätze. Hamburg profitiert dabei von seiner geografischen Lage bzw. vom Hafen als entscheidenden Standortfaktor (Containerschifffahrt, Anbindung an das Binnenwasserstraßennetz, Schienennetzanbindung, etc.). Die Rahmenbedingungen für Auslandsaktivitäten sind damit überdurchschnittlich vorteilhaft.

Die Anteile auslandsaktiver KMU in den westdeutschen Bundesländern Hessen (24 %), Baden-Württemberg (24 %), Bayern (23 %) und Nordrhein-Westfalen (22 %) liegen ebenfalls über dem Durchschnitt. KMU aus Mecklenburg-Vorpommern (12 %), Thüringen (12 %) und Brandenburg (11 %) sind dagegen seltener im Ausland aktiv – nur etwas mehr als jedes zehnte Unternehmen erzielte in diesen Bundesländern grenzüberschreitend Umsätze.

Trotz des geringen Internationalisierungsgrads spielen insbesondere in Thüringen die im Ausland generierten Umsätze für die entsprechenden Unternehmen jedoch eine sehr große Rolle. Rund 40 % beträgt hier der

Auslandsanteil am Gesamtumsatz. Ein möglicher Grund ist die hier stark vertretene Photonikbranche⁸, welche sich durch eine sehr hohe Exportquote auszeichnet.⁹ Unternehmen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt sind dagegen weitaus stärker regional ausgerichtet bzw. binnenorientiert. Der Umsatzbeitrag, der im engeren regionalen Umkreis erzielt wird, liegt für diese KMU bei 75 bzw. 70 %. Im Gegensatz dazu liegt dieser Wert bei Unternehmen aus Bundesländern mit einem höheren Internationalisierungsgrad des Mittelstands eher unter dem deutschlandweiten Durchschnitt von 55 %. Wenig überraschend weisen KMU aus Hamburg daher den niedrigsten Regionalanteil am Gesamtumsatz von 44 % auf – parallel aber den zweithöchsten Auslandsanteil von 37 %.

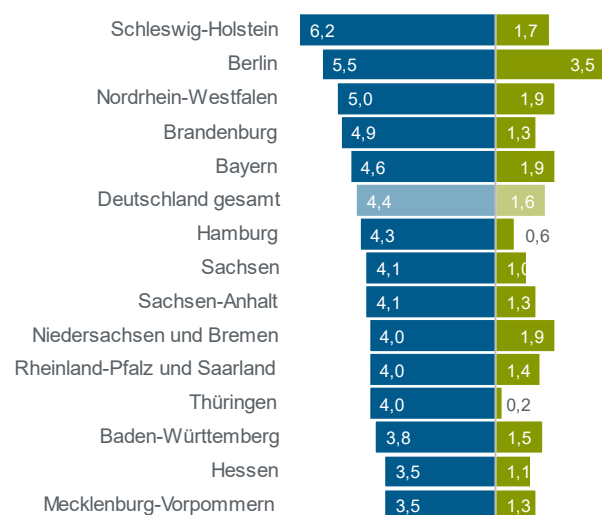
Trotz Krisen: Beschäftigungsaufbau und Umsatzwachstum in allen Regionen Deutschland

Die Rahmenbedingungen für den Mittelstand waren in den zurückliegenden Jahren alles andere als einfach. Zum einen haben die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Eindämmungsmaßnahmen den Mittelstand massiv getroffen. Geschäftsschließungen, Kontaktverbote, Hygienevorschriften oder Reisebeschränkungen haben die Umsätze der mittelständischen Unternehmen im Jahr 2020 stark belastet. Ebenso enorm und bemerkenswert fiel aber bereits im Folgejahr die Erholung aus. Und auch wenn den kleinen

und mittleren Unternehmen danach kaum Zeit zum Luftholen blieb – die Begleiterscheinungen des Angriffs Russlands auf die Ukraine und der dadurch ausgelösten Energiekrise, die allgemein gedämpften Wachstumsperspektiven, eine hohe Inflation, deutlich gestiegene Kreditkosten und hartnäckige Lieferengpässe waren für die Unternehmen enorme Herausforderungen – so blieb der Mittelstand im Ganzen dennoch auf Wachstumskurs. Umsätze und Beschäftigung haben bei KMU in allen Bundesländern über den betrachteten Zeitraum zugelegt.

Grafik 9: Wachstumsraten des Umsatzes (links) und der Beschäftigung (rechts) nach Bundesländern

In Prozent



Quelle: KfW Research

Deutschlandweit konnte der Mittelstand in den letzten Jahren ein jährliches Beschäftigungsplus von etwa 1,6 % vorweisen (Durchschnitt 2018–2022). Der Beschäftigungsaufbau fiel in einzelnen Bundesländern jedoch sehr unterschiedlich aus (Grafik 9, rechts). Die mit Abstand stärksten Zuwächse konnten Mittelständler aus Berlin verbuchen (3,5 %). Es folgen – mit etwas Abstand – KMU aus Nordrhein-Westfalen, Bayern, Niedersachsen und Bremen. In diesen Bundesländern ist die Zahl der Vollzeitäquivalent-Beschäftigten um durchschnittlich rund 1,9 % gestiegen.¹⁰ Mit einem durchschnittlichen jährlichen Plus von 0,2 % bilden KMU aus Thüringen das Schlusslicht beim Beschäftigungszuwachs. Aber auch Unternehmen aus Hamburg, Sachsen und Hessen verbuchen ein VZÄ-Wachstum deutlich unter dem Durchschnitt.

Beim Umsatzwachstum führt Schleswig-Holstein die Rangliste an (Grafik 9, links). Die Umsätze der dort ansässigen Unternehmen stiegen durchschnittlich um

6,2 % im Jahr. Berlin folgt dicht auf mit 5,5 %. Am unteren Ende rangieren KMU aus Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Baden-Württemberg, die mit jährlichen Umsatzwachstumsraten von 3,5 und 3,8 % allerdings ebenfalls gute Steigerungen erzielen konnten. Dazu beigetragen hat auch das außergewöhnlich hohe (nominale) Umsatzwachstum von 10 % im Jahr 2022 (bundesweit), welches sich zum Teil durch das kräftig gestiegene Preisniveau in diesem Jahr erklären lässt. Die gesamten Umsätze beliefen sich dabei zuletzt auf knapp 5.300 Mrd. EUR (2022).

Nutzung digitaler Vertriebswege weitgehend gleichverteilt, Berlin sticht als Spitzenreiter heraus

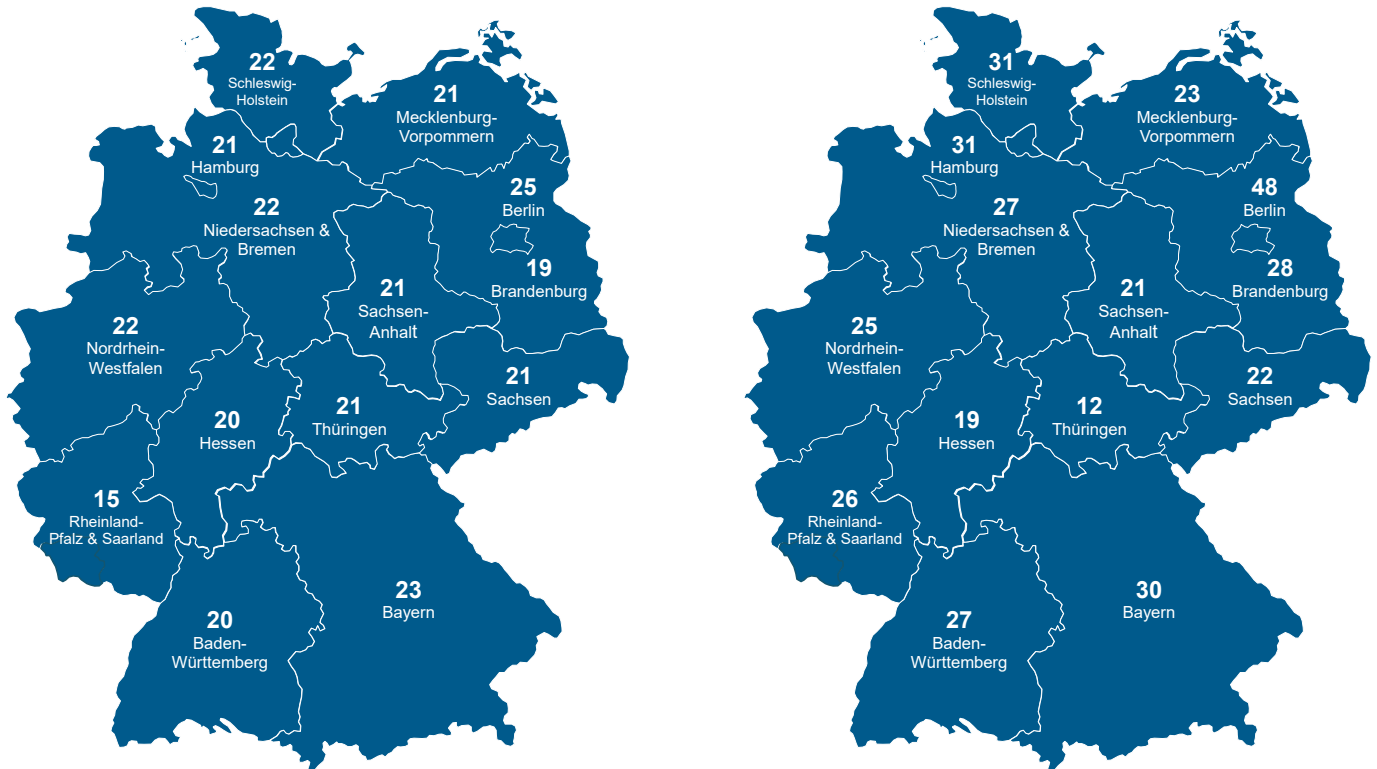
Ein in den vergangenen Jahren stetig wachsender Umsatzbaustein vieler mittelständischer Unternehmen waren digitale Vertriebswege. Nahezu in gleichem Maße nutzen KMU in den verschiedenen Bundesländern E-Commerce als Vertriebskanal.¹¹ Dazu zählen beispielsweise digitale Marktplätze, Onlineshops, Beschaffungsplattformen, aber auch der automatisierte Datenaustausch zwischen Unternehmen. Zuletzt wurden 290 Mrd. EUR mittels des digitalen Vertriebs von Waren und Dienstleistungen vom Mittelstand im In- und Ausland Erlöst, was rund 5,5 % der Gesamtumsätze der Unternehmen entsprach. Etwa jedes fünfte mittelständische Unternehmen nutzt im Betrachtungszeitraum diesen Vertriebsweg (21 %).

Speziell die coronabedingten Einschränkungen haben digitalen Vertriebswegen einen merklichen Schub verliehen. Die Umstellung auf bzw. die zusätzliche Verwendung oder Ausweitung digitaler Vertriebskanäle hat vielfach einen stärkeren Umsatzrückgang verhindert oder Umsatzausfälle gemildert. E-Commerce ist mittlerweile als wichtiger Umsatzbaustein vieler mittelständischer Unternehmen kaum wegzudenken. Die schrittweise Verstetigung des „digitalen Weges“ im Vertrieb dürfte künftig weiter zunehmen. Mit einem Bedeutungszuwachs ist zu rechnen.

Spitzenreiter hinsichtlich der Nutzung von E-Commerce sind Berliner Mittelständler. Sie setzen nicht nur überdurchschnittlich häufig auf den digitalen Vertrieb: Jedes vierte Unternehmen hat dort Onlineumsätze erzielt (25 %). Vielmehr fällt auf, dass der Beitrag, den E-Commerce zum Gesamtumsatz eines onlineaktiven Unternehmens beisteuert, bei sehr hohen 48 % liegt. Mit anderen Worten: Fast jeder zweite Euro Umsatz wird bei diesen Unternehmen über digitale Vertriebswege erzielt.

Grafik 10: Anteil der Unternehmen mit Onlineumsatz (links) und Anteil des Onlineumsatzes am Gesamtumsatz (rechts)

Anteile jeweils in Prozent; Rechts: Nur Unternehmen mit Onlineumsatz.



Quelle: KfW Research.

Am seltensten erzielen Unternehmen aus Rheinland-Pfalz und Saarland Onlineumsätze – 15 % der KMU sind dort onlineaktiv. Der Umsatzanteil der Onlineaktiven am Gesamtumsatz ist vor allem in Thüringen (12 %) und Hessen (19 %) relativ gering. Dort nutzen zwar in etwa so viele Unternehmen digitale Vertriebswege wie im gesamtdeutschen Durchschnitt. Deren Rolle für die jeweiligen Gesamtumsätze ist allerdings im Durchschnitt viel geringer. Deutschlandweit werden rund 27 % der Umsätze onlineaktiver mittelständischer Unternehmen über E-Commerce generiert.

Große Unterschiede bei der Rentabilität

Für den Unternehmenserfolg ganz entscheidend ist nicht nur das Umsatzwachstum, sondern auch welcher Anteil von den erzielten Umsätzen als Gewinn tatsächlich im Unternehmen verbleibt. Die Umsatzrendite – eine wichtige Kennzahl der Unternehmensrentabilität – zeigt, dass es dabei durchaus stärkere Unterschiede zwischen den Bundesländern gibt (Grafik 11).¹²

Die überdurchschnittlich hohen Umsatzzuwächse der Mittelständler aus Berlin verhelfen den Unternehmen dort auch zu hoher Rentabilität. Im Durchschnitt können die hier ansässigen KMU Umsatzrenditen von 9,4 % im Betrachtungszeitraum vorweisen. Dies spricht für eine hohe Wirtschaftlichkeit. Gleichzeitig

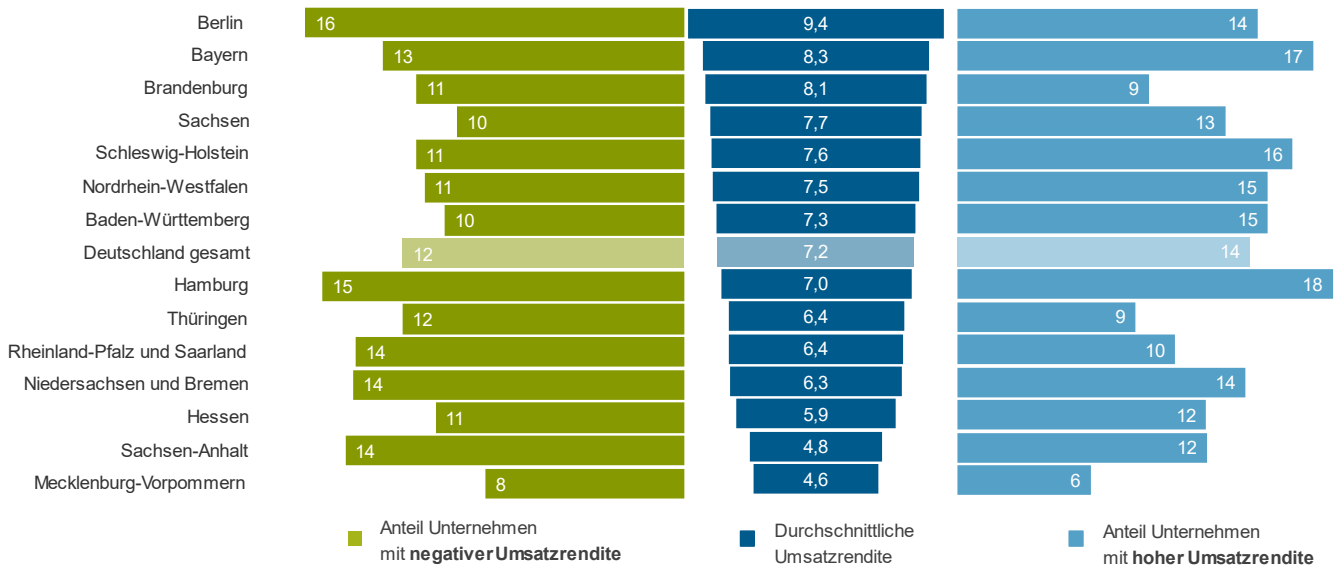
gibt es aber gerade in Berlin nicht wenige KMU, die Verluste erzielen. Der Anteil von Unternehmen, die in der Folge eine negative Umsatzrendite aufweisen, ist mit 16 % im Bundeslandvergleich am höchsten.

Ebenfalls deutlich oberhalb des Bundesdurchschnitts von 7,2 % liegen die Renditen von KMU aus Bayern (8,3 %), Brandenburg (8,1 %) und Sachsen (7,7 %). Eine unterdurchschnittliche Umsatzrendite haben KMU insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern (4,6 %) sowie Sachsen-Anhalt (4,8 %). Der Anteil von Unternehmen, die eine negative Umsatzrendite erzielen ist vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg gering (zwischen 8,4 und 10,1 % im Jahresdurchschnitt), dagegen insbesondere in Hamburg und Sachsen-Anhalt vergleichsweise hoch. Fast jedes siebte Unternehmen in den beiden Bundesländern musste Verluste verkraften.

Gleichzeitig weisen in Hamburg auch anteilig die meisten KMU eine hohe Umsatzrendite von zehn Prozent und darüber auf – rund jedes fünfte Unternehmen fällt in diese Kategorie. Auch in Bayern, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg agieren überdurchschnittlich viele KMU sehr profitabel.

Grafik 11: Kennziffern zu Umsatzrendite nach Bundesländern

Unternehmensanteile bzw. Umsatzrendite in Prozent.



Quelle: KfW Research.

Eigenkapitalquoten der KMU zeigen große Spannweite

Der deutsche Mittelstand hat sich nach der Jahrtausendwende in der Breite ein üppiges Eigenkapitalpolster aufgebaut. Die Unternehmen haben so ihre Resilienz gegenüber unerwarteten Ereignissen deutlich gestärkt. Denn eine gute Eigenkapitalausstattung ermöglicht nicht nur Verluste in wirtschaftlichen schwierigen Zeiten länger abzufedern. Sie stärkt auch die

Bonität der Unternehmen und hilft, den Fremdkapitalzugang offen zu halten. Dies hat sich in den vergangenen vier Jahren, die von zwei kurz aufeinander folgenden Krisen geprägt waren, eindrücklich gezeigt. Die Corona-Krise hat den Trend stetig steigender Eigenkapitalquoten¹³ zwar zum Halten gebracht – der vielfach befürchtete massive Einbruch der Eigenmittelausstattung im Mittelstand blieb jedoch aus. Auch im Angesicht der Energiekrise zeigte sich die Kapitalstruktur der Unternehmen ausgesprochen robust. Dank der Anpassungsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen lag ihre Eigenkapitalausstattung zuletzt etwa auf dem Niveau von vor der Corona-Krise (2022: 31,2 %).

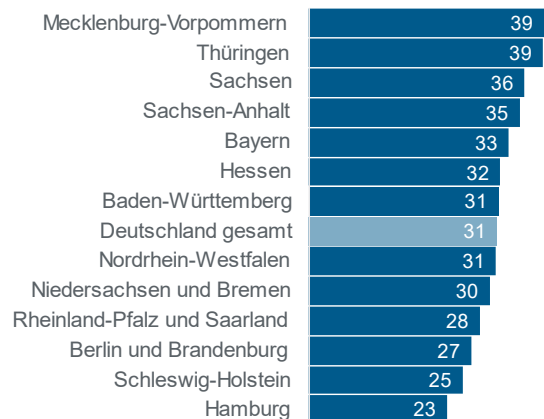
Unternehmen aus den meisten ostdeutschen Flächenländern schneiden beim Blick auf die Eigenkapitalausstattung besonders gut ab (Grafik 12). KMU aus Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen weisen mit durchschnittlichen Eigenkapitalquoten von rund 39 % die höchsten Werte auf. Aber auch der Mittelstand in Sachsen und Sachsen-Anhalt kann mit rund 36 bzw. 35 % eine ordentliche Eigenkapitalausstattung vorweisen. Die niedrigste Eigenkapitalquote weisen KMU

in Hamburg auf (im Durchschnitt 23 %). Aber auch KMU in Schleswig-Holstein haben eine stärker unterdurchschnittliche Eigenkapitalquote von durchschnittlich 25 %.

Die Ursachen für die vergleichsweise hohen Eigenkapitalquoten in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt sind nicht eindeutig zu bestimmen. Neben Unterschieden in der Branchenstruktur kommt für diese ostdeutschen Länder die Besonderheit hinzu, dass der Anteil unselbstständiger Niederlassungen (westdeutscher Unternehmen) hoch ist.¹⁴ Dabei handelt es sich häufig um Produktionsstätten mit im Durchschnitt höheren Eigenkapitalquoten.¹⁵ Man spricht hier auch von sogenannten „verlängerten Werkbänken“.¹⁶

Grafik 12: Durchschnittliche Eigenkapitalquoten nach Bundesländern

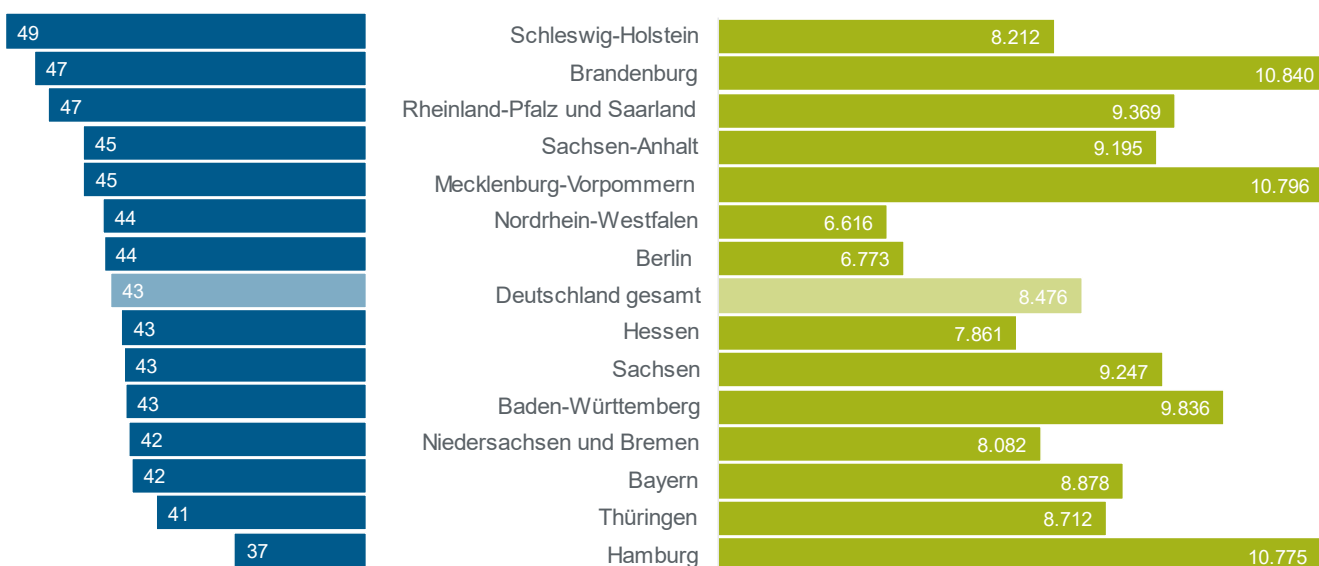
In Prozent



Quelle: KfW Research.

Grafik 13: Anteil der Unternehmen mit Investitionen (links) und Investitionsvolumen je Vollzeitstelle (rechts)

Links: Anteile in Prozent; rechts: Volumen je Vollzeitäquivalent-Beschäftigtem in EUR



Quelle: KfW Research.

Primus bei Investitionen sind Unternehmen in Brandenburg

Investitionen sind die entscheidende Stellschraube zur langfristigen Sicherung des Unternehmenserfolgs, mit denen der Kapitalstock erneuert, Kapazitäten erschlossen werden. Zudem trägt eine rege Investitionstätigkeit von KMU zur konjunkturellen Entwicklung bei, erhöht das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial und leistet einen bedeutsamen Beitrag zum langfristigen Wirtschaftswachstum.

Die Bereitschaft mittelständischer Unternehmen, Investitionsvorhaben zu tätigen, hat allerdings seit den Krisenjahren 2008/2009 abgenommen. Im Grunde findet seit dem Jahr 2009 (44 %) eine Seitwärtsbewegung mit geringen Ausschlägen nach oben oder unten statt. Alle Segmente im Mittelstand sind hiervon gleichermaßen betroffen. In den Jahren 2006 bis 2008 hat noch mehr als jedes zweite Unternehmen Investitionen getätigt, ähnliche Werte sind seitdem unerreicht. Nach wie vor halten sich – in der Langfristperspektive – vor allem die Kleinstunternehmen mit Investitionsprojekten zurück. Am aktuellen Rand (Jahr 2022) haben insgesamt 43 % aller Unternehmen bzw. 1,63 Mio. KMU Investitionsprojekte umgesetzt.

Ein Blick auf die Bundesländer zeigt: Die Investitionsbereitschaft der KMU ist recht nah beieinander (Grafik 13, links). Die Abweichungen vom gesamtdeutschen Wert von 43 % (durchschnittlicher Anteil investierender KMU zwischen 2018 und 2022) sind meist moderat. Lediglich Unternehmen aus Hamburg weisen eine stärker unterdurchschnittliche Investitionsneigung auf (-6 Prozentpunkte Abweichung vom ge-

weitert (beispielsweise Anschaffung einer zusätzlichen Produktionsstraße, Ausbau der Transportkapazitäten, Auslandseintritt), Kosten eingespart oder neue Geschäftsfelder und Technologien erschlossen wer-

samtdeutschen Mittelwert) – wohingegen KMU aus Brandenburg, Schleswig-Holstein sowie Rheinland-Pfalz und Saarland im Durchschnitt häufiger Investitionen tätigen.

Werden die Investitionen der KMU allerdings an der jeweiligen Beschäftigtenzahl gemessen (Investitionsintensität, d. h. Investitionen in EUR je Vollzeitäquivalent-Beschäftigtem), zeigen sich weitaus stärker ausgeprägte Länderdifferenzen (Grafik 13, rechts). „Investitionsspitzenreiter“ sind hiernach KMU aus Brandenburg mit einer durchschnittlichen Investitionssumme je VZÄ-Beschäftigten von etwas über 10.800 EUR. Knapp dahinter Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg mit jeweils ca. 10.800 EUR. Bei Mittelständlern aus Hamburg hieße das: Es wird weniger häufig investiert, aber dann sind die Vorhaben im Durchschnitt recht umfangreich.

Schon deutlich darunter liegen Mittelständler aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland, Sachsen sowie Sachsen-Anhalt (zwischen 9.000 und 10.000 EUR je VZÄ-Beschäftigtem). Am anderen Ende der Verteilung finden sich Unternehmen aus Berlin und Nordrhein-Westfalen mit jeweils durchschnittlich rund 6.600–6.700 EUR je VZÄ-Beschäftigtem. Zum Vergleich: Damit investieren Unternehmen aus Brandenburg im Durchschnitt pro Vollzeitstelle etwa 64 % mehr in den Ausbau oder den Erhalt ihrer Strukturen

als KMU aus Berlin oder Nordrhein-Westfalen.

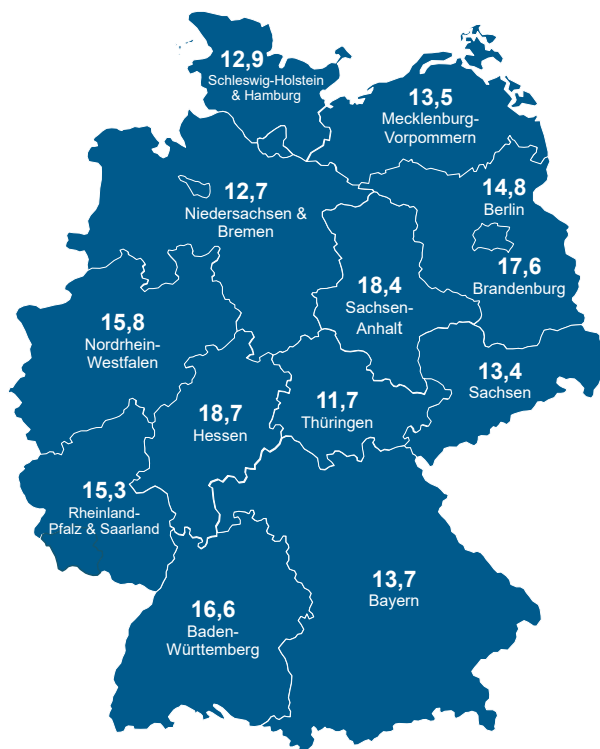
Klimaschutzinvestitionen gut verteilt

Die Transformation der Volkswirtschaft in Richtung Klimaneutralität ist fraglos eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Nicht zuletzt wäre ein grüner Investitionsschub der Grundstein einer auch künftig erfolgreichen und wettbewerbsfähigen Unternehmenslandschaft. Auch der Mittelstand trägt hier Verantwortung. Die Umsetzung entsprechender investiver Maßnahmen rückt in den Fokus.

Im Jahr 2022 haben mittelständische Unternehmen insgesamt 36 Mrd. EUR in Vorhaben investiert, die auch dem Klimaschutz dienen. Der Anteil von Klimaschutzinvestitionen an allen Neuinvestitionen des Mittelstands (240 Mrd. EUR) lag im Jahr 2022 bei rund 15 %. Unter Klimaschutzinvestitionen werden dabei Investitionen in Maßnahmen zur Vermeidung oder Verminderung von Treibhausgasemissionen verstanden, wobei der Klimaschutz bei diesen Investitionen nicht zwingend oberste Priorität gehabt haben muss. Hierzu gehören unter anderem Investitionen zur Energieeinsparung bzw. Steigerung der Energieeffizienz, Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien oder Investitionen in klimafreundlichen Verkehr, wie z. B. die Anschaffung von Elektrofahrzeugen.

Grafik 14: Unternehmen mit Klimaschutzinvestitionen

Anteil an allen Unternehmen in Prozent



Anmerkungen: Für diese Auswertung wurden abweichend nur die Erhebungsjahre 2021–2023 verwendet (Bezugsjahre 2020–2022).

Quelle: KfW-Klimabarometer, KfW Research.

Mit Blick auf die Jahre 2020 bis 2022 haben durchschnittlich 15 % der kleinen und mittleren Unternehmen deutschlandweit Klimaschutzinvestitionen umgesetzt (Grafik 14). Am aktivsten waren hierbei Unternehmen aus Hessen (18,7 % Investitionsbeteiligung), Sachsen-Anhalt (18,4 %) sowie Brandenburg (17,6 %). Dort war jahresdurchschnittlich fast jedes fünfte Unternehmen aktiv. In Thüringen hingegen hat mit einem Anteil von 11,7 % nur jedes neunte KMU Klimaschutzinvestitionen durchgeführt.

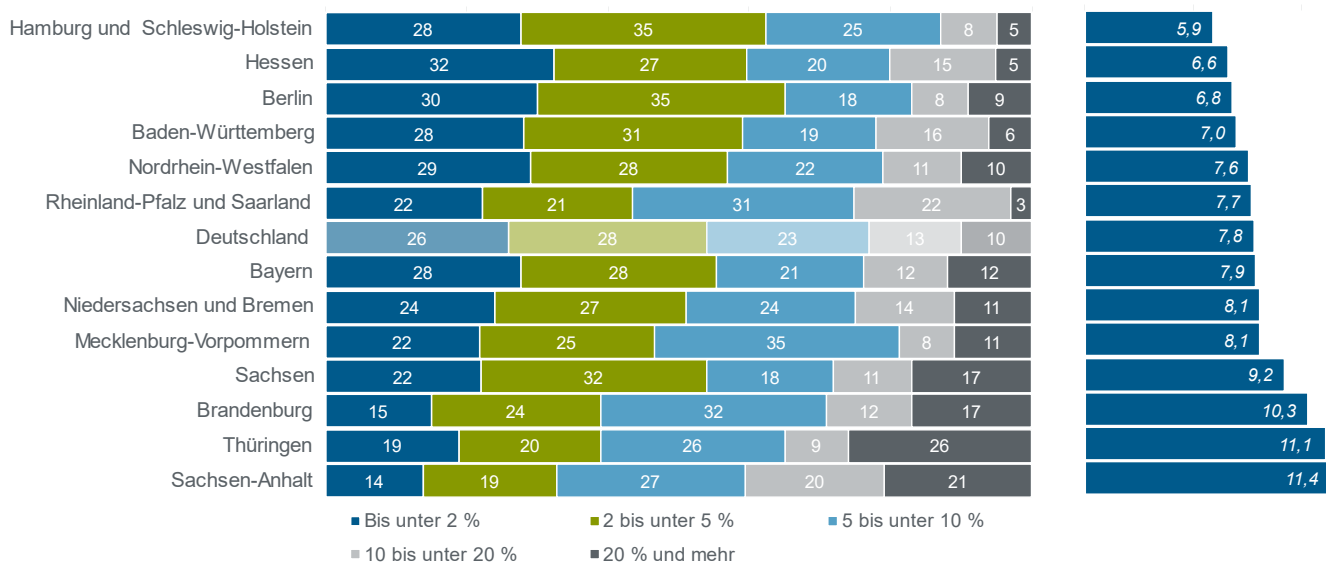
Deutliche Spreizung bei der relativen Energiekostenbelastung am aktuellen Rand

Ein wesentlicher Teilbereich bzw. eine der Zielstellungen von Klimaschutzinvestitionen betrifft auch die Reduktion von Energiekosten. Spätestens mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und der damit verbundenen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, rückten die Energiekosten – bzw. die möglichst rasche Senkung dieser – für viele mittelständische Unternehmen nach oben auf der Agenda. Unter allen Kriegs- bzw. Sanktionsfolgen stachen für den Mittelstand in Deutschland die gestiegenen Energiekosten hervor.¹⁷ Rasant steigende Preise trafen viele kleine und mittlere Unternehmen heftig und unvorbereitet. So lagen in den Monaten Januar–April 2022 die Energiekosten bei 54 % der kleinen und mittleren Unternehmen höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im Durchschnitt stiegen die Energiekosten dabei um 41 %.¹⁸ Hohe Unsicherheit zur weiteren Entwicklung der Energiepreise war lange ein Begleiter der Unternehmen und Sorgen um eine überfordernde Energiekostenbelastung infolge der Energiekrise waren im Mittelstand bis Mitte des Jahres 2023 allgegenwärtig.

Allerdings haben die mittelständischen Unternehmen mit verschiedenen Maßnahmen zur Energiekostendämpfung reagiert – und das mit sichtbarem Erfolg. Das Engagement eines Großteils der Unternehmenslandschaft bei der Senkung des Energieverbrauchs und bei der Nutzung erneuerbarer Energien hat sich ausgezahlt. Die finanzielle Tragbarkeit des zu dem Zeitpunkt höheren Energiekostenniveaus nahm in der Breite des Mittelstands schnell zu. Neben Einsparbemühungen der Unternehmen trugen die Preisrückgänge an den Energiemärkten, eine insgesamt nachlassende Krisensymptomatik sowie die Einführung der Energiepreisbremsen zu Entlastung und erhöhter Planungssicherheit bei. Zudem konnten viele Unternehmen die gestiegenen Kosten für Energie (sowie Material und Löhne) an Kunden weitergeben.¹⁹

Grafik 15: Energiekosten an den Gesamtkosten im Mittelstand im Jahr 2022

In Prozent; aufsteigend nach durchschnittlichem relativen Energiekostenanteil sortiert (rechts)



Anmerkungen: Die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg werden hier aus Gründen der Belastbarkeit gemeinsam ausgewertet.

Quelle: KfW-Klimabaronometer, KfW Research.

Grundsätzlich stellt sich die relative Energiekostenbelastung nach wie vor moderat dar: Im Jahr 2022 betrug der Anteil der Energiekosten an den Gesamtkosten der mittelständischen Unternehmen durchschnittlich 7,8 % (Grafik 15), nach durchschnittlich 7,5 % im Jahr 2021. Auch die absolute Höhe der Energiekosten spiegelt eine in der Breite eher moderate Belastung wider: Im Jahr 2022 lag der Median der Energiekosten bei 9.700 EUR.

Die Energiekrise dürfte die Unternehmenslandschaft in den Bundesländern allerdings unterschiedlich stark getroffen haben. Landesspezifische Besonderheiten hinsichtlich wesentlicher Merkmale der dort ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen (Branche, Internationalisierungsgrad, Betriebsalter, Investitionstätigkeit, etc.) können einen Einfluss auf die Belastung durch die hohen Energiepreise bzw. die Betroffenheit der Energiekrise haben

Im Vergleich ist die Unternehmenslandschaft in Schleswig-Holstein und Hamburg, Hessen oder Berlin in der Gesamtsicht durch weitaus geringere Energiekostenanteile gekennzeichnet als der Durchschnitt der Unternehmenslandschaft. Die Unternehmen in Hessen liegen im Jahr 2022 bei durchschnittlich 5,9 %. Dort findet sich auch mit 32 % der höchste Anteil von Unternehmen mit Energiekostenanteilen von höchstens zwei Prozent an den Gesamtkosten. Dem gegenüber haben Unternehmen aus Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg oder Sachsen eine vergleichsweise hohe relative Energiekostenbelastung von 9 % und darüber. Hier ist zu betonen, dass das

nicht gleichbedeutend mit einer hohen absoluten Energiekostenbelastung ist. Möglich ist, dass andere Kosten (Material oder vor allem Löhne) in diesen Bundesländern eine im Vergleich geringe Relevanz besitzen.

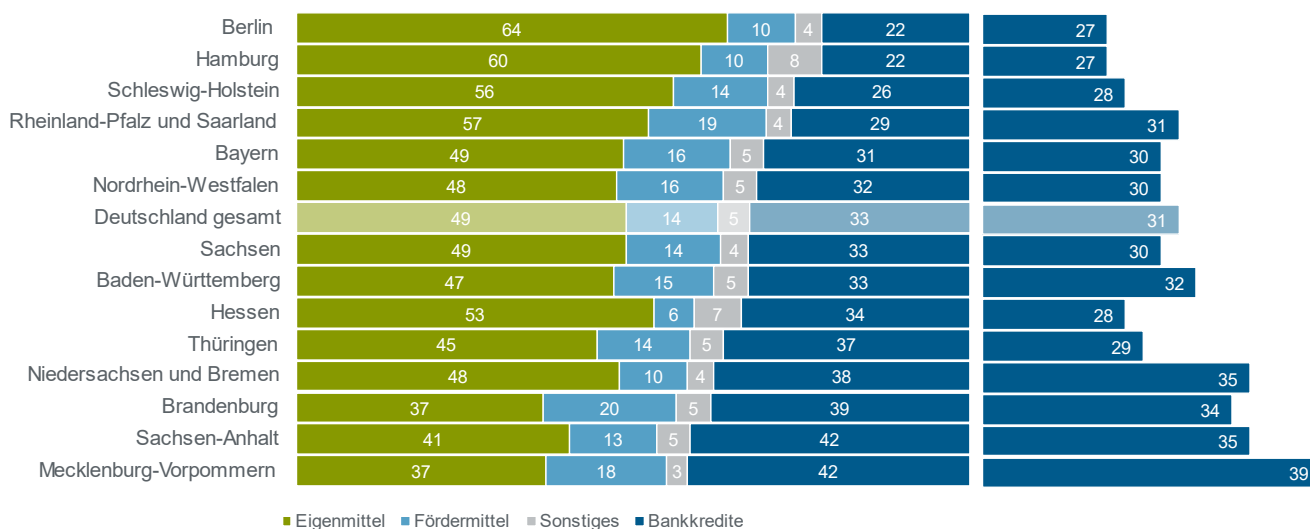
In etwa spiegelbildlich zu den durchschnittlichen relativen Energiekostenanteilen je Bundesland im Jahr 2022 zeigt sich der Anteil von Unternehmen mit einer hohen relativen Energiekostenbelastung. Auch hier ist die Spreizung recht groß. Der (mit Abstand) größte Anteil an Unternehmen mit einer vergleichsweise hohen relativen Energiekostenbelastung von 20 % und mehr findet sich in Thüringen (26 %), der geringste Anteil in Rheinland-Pfalz und Saarland mit 3 %. Ähnlich niedrig (jeweils 5 %) ist der betreffende Anteil in Schleswig-Holstein und Hamburg sowie Hessen.

Investitionsfinanzierung: Kreditneigung bei KMU aus Ostdeutschland stärker ausgeprägt

Für die Finanzierung von Investitionen gilt: Kredite von Banken und Sparkassen sind für den Mittelstand in Deutschland nicht wegzudenken. Etwa ein Drittel der jährlichen Investitionen im Mittelstand werden über Kredite von Banken und Sparkassen gestemmt (Grafik 16). Im Jahr 2022 betrug das neu aufgenommene Kreditvolumen 76 Mrd. EUR. Berücksichtigt sind dabei ausschließlich Investitionskredite, Betriebsmittelkredite sind dabei nicht enthalten. Rund 763.000 Unternehmen hatten zuletzt Bankkredite zur Finanzierung ihrer Investitionsprojekte aufgenommen.²⁰

Grafik 16: Investitionsfinanzierung und Anteil KMU mit Kreditverhandlungen (rechts)

Anteil am Investitionsvolumen in Prozent (links) – Anteil KMU mit Kreditverhandlungen an den investierenden Unternehmen in Prozent (rechts)



Anmerkung: Die Kategorie Sonstiges umfasst unter anderem Mezzanine-Kapital und Beteiligungskapital.

Quelle: KfW Research

Die mit Abstand stärkste Neigung zur Kreditfinanzierung haben KMU aus den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Rund 42 % des jährlichen mittelständischen Investitionsvolumens werden hier über Bankkredite finanziert. Entsprechend haben in diesen Bundesländern auch überdurchschnittlich viele der investierenden Unternehmen Kreditverhandlungen geführt: Wagt deutschlandweit im Durchschnitt rund jedes dritte investierende KMU den Gang zu einer Bank oder Sparkasse (31 %), sind es in Mecklenburg-Vorpommern mit 39 % der Investoren deutlich mehr. Aber auch Unternehmen aus Brandenburg, Niedersachsen und Bremen sowie Thüringen haben einen relativ starken Fokus auf Kredite bei der Investitionsfinanzierung. Parallel ist der Anteil der eingesetzten Eigenmittel an der Investitionsfinanzierung in diesen Ländern recht niedrig.

Nochmalig findet die ausgeprägte Neigung zur Kreditfinanzierung in den östlichen Bundesländern im Anteil der Unternehmen Bestätigung, die letztlich auch Investitionskredite zur Finanzierung eingesetzt haben (Grafik 17). In Mecklenburg-Vorpommern sowie Brandenburg trifft dies im Betrachtungszeitraum auf jedes fünfte mittelständische Unternehmen zu (jeweils 20 %). Mit Sachsen-Anhalt und Thüringen folgen zwei weitere ostdeutsche Flächenländer.

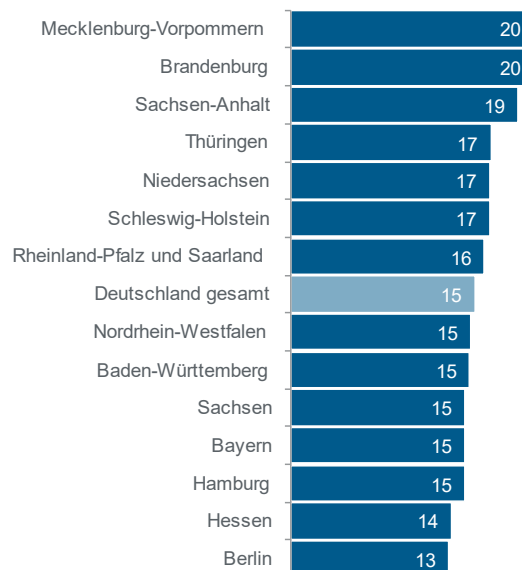
Stadtstaaten setzen bei der Investitionsfinanzierung auf Eigenmittel

Ein gänzlich anderes Muster der Investitionsfinanzierung zeigen insbesondere mittelständische Unternehmen aus den Stadtstaaten. Dass kleine und mittlere Unternehmen im Aggregat den Löwenanteil der In-

vestitionsfinanzierung über Eigenmitteleinsatz (bspw. über Cashflow oder Rücklagen) stemmen, ist bekannt (Deutschland gesamt: 49 %). Mittelständler aus Berlin und Hamburg nutzen Eigenmittel sehr viel stärker als der Durchschnitt. Den höchsten Eigenmittelanteil zur Finanzierung der Investitionen wenden KMU aus Berlin auf. Im Durchschnitt haben die hier ansässigen mittelständischen Unternehmen 64 % ihres jährlichen Investitionsvolumens mit internen Mitteln finanziert. Auch KMU in Hamburg nutzen zur Finanzierung ihrer Investitionen überdurchschnittlich viele Eigenmittel (60 %).

Grafik 17: Unternehmen mit realisierten Bankkrediten zur Investitionsfinanzierung

Anteil an allen Unternehmen in Prozent



Quelle: KfW Research.

Spiegelbildlich setzen KMU in diesen Ländern in weit- aus geringerem Ausmaß auf die Kreditfinanzierung ih- rer Investitionen. Mit einem Wert von jeweils 22 % ist der entsprechende Anteil im Finanzierungsmix so ge- ring wie in keinem anderen Bundesland.

Dazu passt, dass in diesen Ländern nicht nur die grundsätzliche Neigung, Verhandlungen mit Banken oder Sparkassen über Investitionskredite zu führen, geringer ausgeprägt ist als anderswo (jeweils 27 % der investierenden Unternehmen). Ebenso ist der An- teil an KMU, die letztlich auch Bankkredite zur Investi- tionsfinanzierung einsetzen mit 13 bzw. 15 % relativ niedrig (Grafik 20).

Durchschnittliche Kreditvolumen sind auch Spie- gelbild der Unternehmensstruktur

Der geringe Fremd- sowie hohe Eigenmittelanteil spe- ziiell in den Stadtstaaten dürfte unter anderem eng mit dem dort hohen Anteil der in freiberuflichen Tätigkeits- feldern aktiven Dienstleistungen zusammenhängen. Deren Investitionsprojekte sind in der Regel weniger kapitalintensiv und können eher aus eigenen Mitteln bestritten werden. Für die Realisierung eher großvo- lumiger Investitionen ist dagegen oftmals der Zugang zu externen Finanzierungsquellen von maßgeblicher Bedeutung. Mit anderen Worten: Der Bedarf an Kredi- ten von Banken und Sparkassen zur Investitionsfinan- zierung ist Spiegelbild der regionalen Unternehmens- struktur.

Grafik 18 zeigt deutlich das speziell für KMU in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg sehr hohe Gewicht vergleichsweise kleiner Kreditvolumen von bis zu 20.000 EUR. In Berlin liegen allein 69 % aller realisier- ten Kreditabschlüsse für Investitionen in dieser Span- ne. Parallel dazu entspricht der Medianwert von 15.000 EUR gerade einmal der Hälfte des gesamt- deutschen Wertes – anders ausgedrückt: Die Hälfte aller realisierten Bankkredite liegt bei mittelständi- schen Unternehmen in Berlin höchstens bei 15.000 EUR.

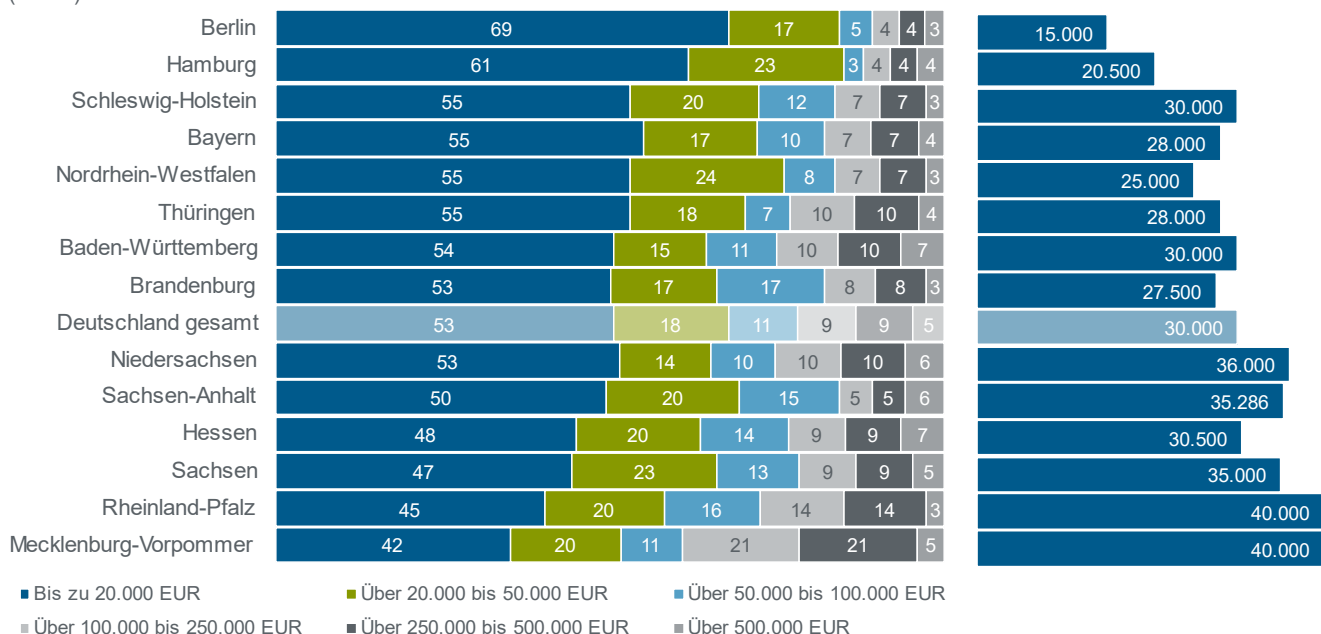
Vermeehrt großvolumige Kreditbeträge spielen vor al- lem für KMU aus Rheinland-Pfalz und Saarland sowie Mecklenburg-Vorpommern eine Rolle. Mit 40.000 EUR liegt der Medianwert jeweils ein Drittel über dem gesamtdeutschen Vergleichswert. Das geht zurück auf den jeweils sehr hohen Anteil von Krediten über 100.000 EUR.

Mittelstand braucht starke Verbindungen zur Ban- kenlandschaft

Die Verbindung der mittelständischen Unternehmen zum Bankensektor ist in Deutschland traditionell stark. Viele KMU schätzen und pflegen ihre Beziehungen zu Kreditinstituten. Entscheidend für die vielfach lokal verankerten KMU ist es, einen funktionsfähigen Zu- gang zur Bankfinanzierung bzw. Abwicklung von Bankdienstleistungen offen zu halten. Gerade kleinere Unternehmen sind auf Fachwissen und Erfahrungen ihrer Finanzierungspartner vor Ort angewiesen, vor al- lem bei beratungsintensiven Finanzierungsanlässen.

Grafik 18: Realisierte Kreditvolumen zur Investitionsfinanzierung

Anteil der Unternehmen mit Bankkrediten über ein bestimmtes Volumen in Prozent (links) – Medianwert der realisierten Bankkredite in EUR (rechts)



Quelle: KfW Research.

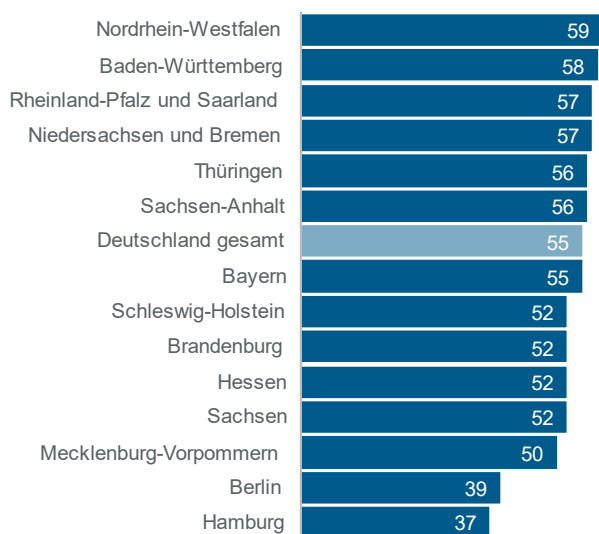
Der ungebrochen temporeiche Wandel der Bankenlandschaft stellt die Unternehmen allerdings vor Herausforderungen. Die Zahl der Anlaufstellen für Unternehmen verringert sich kontinuierlich. In den letzten zwanzig Jahren wurden fast 60 % aller damals noch existierenden Zweigstellen²¹ in Deutschland geschlossen. Auch zeigt sich – das belegen frühere Studien von KfW Research –, dass die Filialnutzung mittelständischer Unternehmen kontinuierlich rückläufig ist. Der Anteil von Unternehmen, die mindestens zu einem Anlass einen Geschäftstermin in einer Bank- oder Sparkassenfiliale wahrgenommen haben, sank zuletzt deutlich. Aber nicht nur die Zahl der Unternehmen, die innerhalb eines Jahres eine Filiale aufgesucht haben, hat abgenommen. Ebenso sank die Häufigkeit der Besuche dieser Unternehmen.

Ausmaß von Filialkontakten deutschlandweit ähnlich, nur Hamburg und Berlin scheren aus

Der Anteil von Unternehmen mit mindestens einem Geschäftstermin in einer Filiale von Banken oder Sparkassen zeigt relativ geringe Variation für die allermeisten Bundesländer (Grafik 19). Solche Geschäftstermine umfassen dabei bspw. Beratungen im Zusammenhang mit einem Geschäftskonto, Verhandlungen über Investitionskredite oder Betriebsmittelfinanzierungen oder Beratungen in den Bereichen Cash Management, Leasing, Exportfinanzierungen oder Unternehmensnachfolge.

Grafik 19: Mittelständische Unternehmen mit mindestens einem Geschäftstermin in einer Bank- oder Sparkassenfiliale

Anteil an allen Unternehmen in Prozent



Anmerkungen: Für diese Auswertung wurden abweichend nur die Erhebungsjahre (Bezugsjahre) 2022 (2021) sowie 2020 (2019) verwendet.

Quelle: KfW Research.

Deutschlandweit nehmen im Betrachtungszeitraum jährlich etwa 55 % der Unternehmen mindestens einen Filialtermin wahr. Auffällige Abweichungen zwischen den Flächenländern gibt es kaum. Am oberen Ende der Verteilung liegen KMU aus Nordrhein-Westfalen (59 %). Am seltensten – bei Betrachtung der Flächenländer – suchen Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern einen Filialstandort auf (50 %).

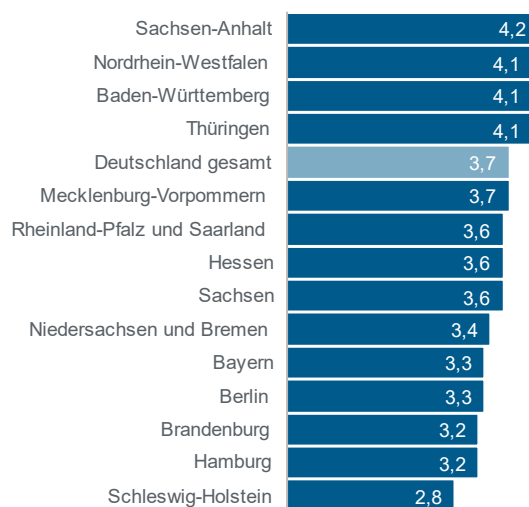
Gänzlich anders die Situation für Mittelständler aus Hamburg und Berlin – nur jeweils 37 bzw. 39 % der dort ansässigen Unternehmen nimmt jährlich mindestens einen Filialbesuch vor. Diese auffallend niedrigere Inanspruchnahme von Filialleistungen (bzw. Bankdienstleistungen generell) hat verschiedene, nachfolgend ausführlicher besprochene, Ursachen.

Unternehmen sind etwa vier Mal im Jahr in einer Filiale

In Bundesländern mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Unternehmen, die grundsätzlich Filialkontakte haben, zeigt sich zudem: Die Anzahl der Filialbesuche der betreffenden Unternehmen ist dort auch höher. Das betrifft insbesondere Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg sowie Thüringen (Grafik 20). Über das Jahr verteilt werden Unternehmen dieser Bundesländer – sofern sie generell Geschäftstermine in Filialen wahrgenommen haben – durchschnittlich etwa vier Mal bzw. rund alle drei Monate in einer Filiale vorstellig.

Grafik 20: Frequenz der Filialbesuche

Durchschnittliche Anzahl der Filialbesuche pro Jahr – nur Unternehmen mit mindestens einem Geschäftstermin in einer Bank- oder Sparkassenfiliale



Anmerkungen: Für diese Auswertung wurden abweichend nur die Erhebungsjahre (Bezugsjahre) 2022 (2021) sowie 2020 (2019) verwendet.

Quelle: KfW Research.

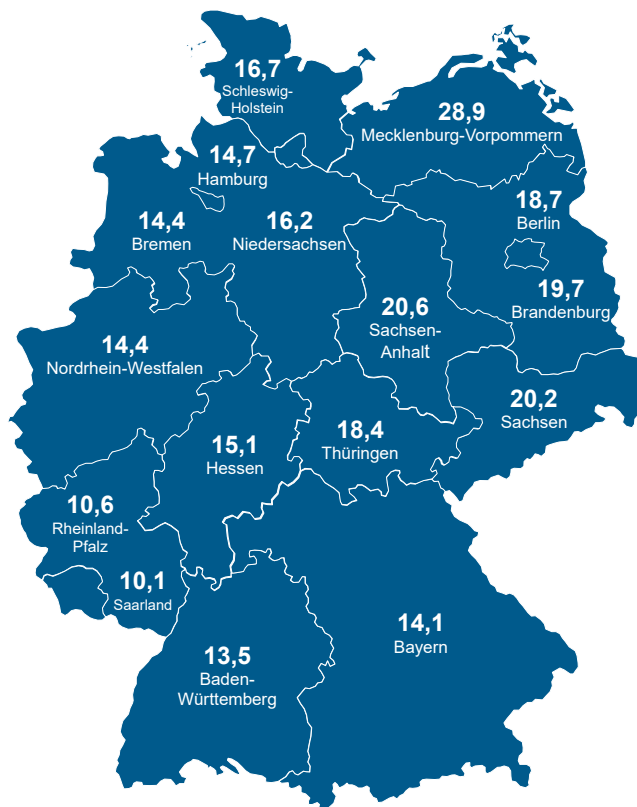
Weniger als ein Mal pro Quartal dagegen suchen KMU in Schleswig-Holstein eine Filiale von Banken oder Sparkassen für Verhandlungen, Beratungen oder Informationsgespräche auf (durchschnittlich 2,8-mal im Jahr, sofern Geschäftstermine wahrgenommen werden).

Erreichbarkeit von Filialen unverändert gut trotz Wandel in der Kommunikation, aber Unterschiede sichtbar

Auch wenn die Neigung, Bankdienstleistungen in einer Filiale wahrzunehmen, sichtbar nachgelassen hat – und damit die wachsende Relevanz digitaler Kommunikationskanäle belegt. In vielen Fällen ist eine größere räumliche Nähe zwischen Kreditgeber und -nehmer vorteilhaft. Vor allem der Informationsfluss profitiert. Denn die Beschaffung von Informationen ist für Banken umso aufwendiger, je größer die Entfernung zum potenziellen Kreditnehmer ist. Qualität und Quantität in der Versorgung mit Finanzdienstleistungen sind in Teilen auch an die räumliche Distanz zwischen Filiale und Unternehmen gekoppelt. Dies gilt vor allem bei eher komplexen Finanzdienstleistungen wie Kreditanträgen und Beratungen.

Grafik 21 Erreichbarkeit der nächstgelegenen Filiale der jeweiligen Hausbank (im Jahr 2021)

Schnellstmögliche Verbindung in Minuten ausgehend von der Geschäftsadresse des Unternehmens



Quelle: KfW-Mittelstandspanel.

Daher ist es positiv, dass die Filialerreichbarkeit trotz anhaltenden Filialrückbaus und (temporären) pandemiebedingten Schließungen in der Gesamtsicht hervorragend ist: Die Unternehmen benötigten im Jahr 2021 mit durchschnittlich 15 Minuten etwa genauso lange wie noch vor der Krise zur nächstgelegenen Filiale. Das in Deutschland noch immer ausgeprägte Netz von vor allem regional orientierten Kreditinstituten scheint sich für den Mittelstand auszuzahlen.

Dennoch existieren Erreichbarkeitsunterschiede zwischen den Bundesländern (Grafik 21). Verantwortlich dafür sind historische Entwicklungen, der Grad der Verstädterung sowie demografische Aspekte. Während Unternehmen aus dem Saarland oder Rheinland-Pfalz durchschnittlich nur etwas mehr als zehn Minuten bis zur nächstgelegenen Hausbankfiliale benötigen, verdoppelt sich der Aufwand für KMU in Sachsen oder Sachsen-Anhalt auf durchschnittlich knapp 20 Minuten. Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern benötigen mit fast 29 Minuten noch einmal erheblich länger, um einen Geschäftstermin persönlich vor Ort in einer Hausbankfiliale wahrzunehmen.

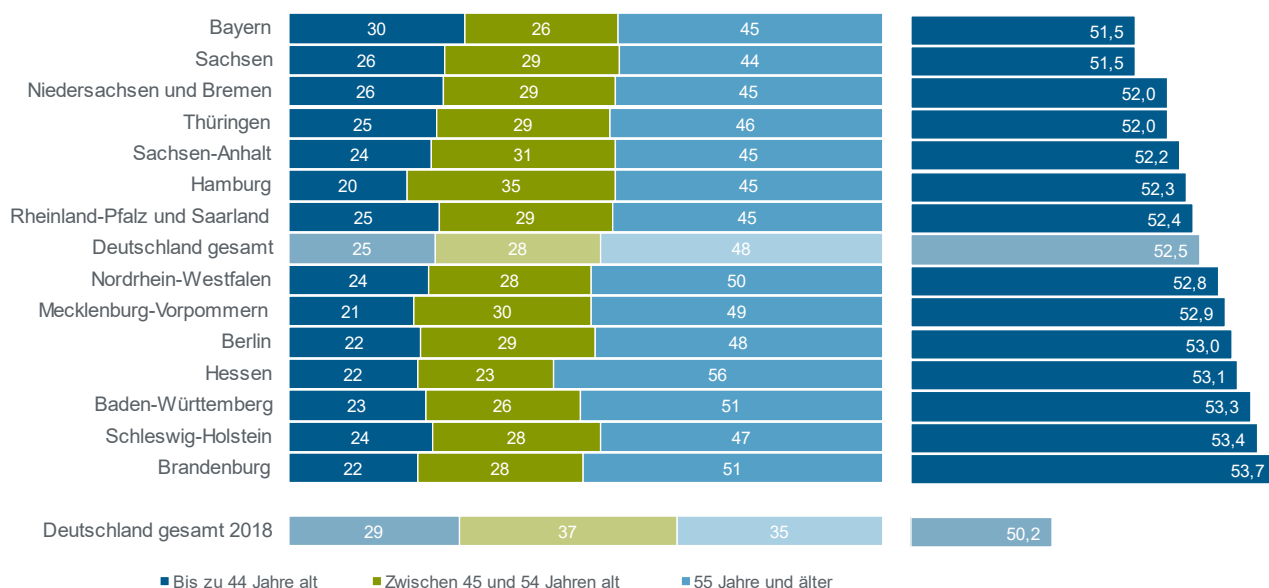
Die Ursache für die mitunter starken Unterschiede liegen in der generell niedrigen Bankfilialdichte im Großteil der ostdeutschen Regionen. Bereits zur Wiedervereinigung lag diese deutlich niedriger. Zudem zeichnen sich viele westdeutsche Regionen auch durch einen höheren Verstädterungsgrad aus. In Ostdeutschland gibt es dagegen mehr ländlich geprägte Regionen. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt hierbei auch die demografische Entwicklung – denn die Bevölkerungsentwicklung und -prognosen sind zentrale Entscheidungsgrundlagen für Banken bei der Planung ihres Filialnetzes.

Alterung der Inhaberschaft kommt überall an

Der demografische Wandel hat Deutschland voll erfasst: Nicht nur das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt rapide. So nahm der Anteil älterer Personen (65 Jahre und älter) seit 1950 von 10 auf 22 % zu. Parallel sank der Anteil der jüngeren Bevölkerungsgruppen (unter 15 Jahren) von 23 auf 14 %.²² Auch die Erwerbsbevölkerung wird zunehmend älter und die Zahl an Personen im Erwerbsalter wird spürbar kleiner: Der sich vollziehende Rückzug der geburtenstarken Babyboomer-Generation aus dem Erwerbsleben bei gleichzeitig anhaltend niedrigen Geburtenziffern lassen künftige Generationen zahlenmäßig kleiner werden. Diese allgemeinen demografischen Entwicklungen lassen sich auch bei der Inhaberschaft im Mittelstand ablesen.

Grafik 22: Altersstruktur der Inhaberinnen und Inhaber

Unternehmensanteile je Inhaber-Altersklasse in Prozent – durchschnittliches Inhaberalter in Jahren (rechts) / aufsteigende Sortierung nach Durchschnittsalter



Anmerkung: Ausschließlich im jeweiligen Befragungsjahr neu in den Datensatz aufgenommene Unternehmen werden berücksichtigt. Regelmäßige Befragungsteilnehmer werden aufgrund eines per Definition zunehmendem Inhaberalter ausgeklammert.

Quelle: KfW Research.

Wie das jüngste Nachfolge-Monitoring Mittelstand belegt, waren im Jahr 2023 bereits 30 % der Inhaberinnen und Inhaber mittelständischer Unternehmen 60 Jahre oder älter. Das sind etwa 1,2 Mio. Vor 20 Jahren waren es lediglich 12 %. Parallel dazu verharrt der Anteil der relativ jungen Inhabenden auf sehr niedrigem Niveau. Das Durchschnittsalter einer Inhaberin bzw. eines Inhabers im Mittelstand liegt gegenwärtig bereits bei rund 53 Jahren.²³

Im Bundeslandvergleich zeigt sich dabei, dass die Unterschiede mittlerweile gering sind. Die beiden Enden der Verteilung trennen lediglich rund zwei Jahre. Das niedrigste Durchschnittsalter, und damit eine vergleichsweise vorteilhafte Altersstruktur, haben demnach Inhabende in Sachsen oder Bayern mit durchschnittlich 51,5 Jahren (Grafik 22). Die im Mittel ältesten Unternehmenslenkerinnen und -lenker finden sich Brandenburg, Schleswig-Holstein oder Baden-Württemberg. Ein Nebeneffekt: Mit steigendem Inhaberalter nimmt naturgemäß auch der Erfahrungsschatz der Unternehmenslenker zu (Grafik 23).

Grundsätzlich hat sich die Altersstruktur in jedem Bundesland im Vergleich zur Erstausgabe des KfW-Mittelstandsatlas im Jahr 2018 verschoben, – die beschriebenen demografischen Prozesse sind also in der regionalen Breite zu finden. So gab es beispielsweise vor sechs Jahren noch sechs Bundesländer, deren Inhabende ein Durchschnittsalter von unter 50 Jahren hatten. Gegenwärtig ist das in keinem Land

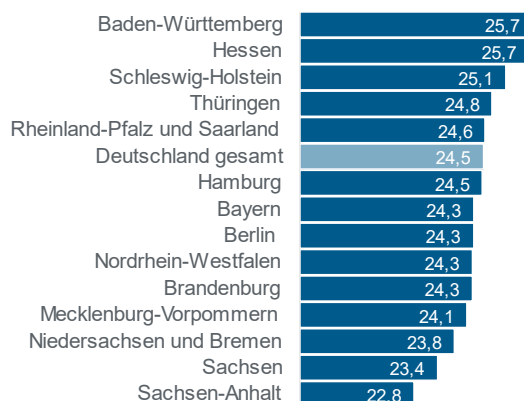
mehr der Fall.

Herausforderungen des Generationenwechsels wachsen

Die rasch voranschreitende Alterung der Unternehmenschaft wird Lücken hinterlassen in den Führungsetagen der mittelständischen Unternehmen. Die Zahl der Unternehmerinnen und Unternehmer, die ihren Ruhestand erwägen, nimmt zwangsläufig mit einer steigenden Anzahl älterer Inhabende zu. Der Bedarf an geeigneten Nachfolgekandidaten wird überall steigen.

Grafik 23: Erfahrungen der Inhaberinnen und Inhaber in der jeweiligen Branche des geführten Unternehmens

Angaben in Jahren



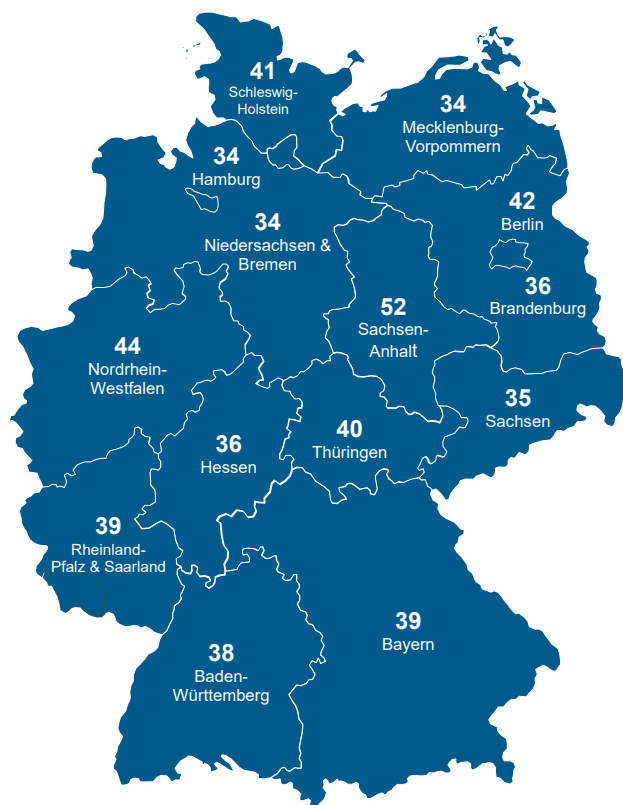
Quelle: KfW Research.

Am aktuellen Rand nehmen die Rückzugsplanungen mittelständischer Unternehmerinnen und Unternehmer Fahrt auf. Mehr Inhabende als je zuvor streben grundsätzlich eine Nachfolgeregelung an. Allein in der kurzen Frist bis zum Ende des laufenden Jahres planen rund 224.000 Inhaber und Inhaberinnen im Mittelstand ihren Rückzug und das Unternehmen in die Hände eines Nachfolgers oder einer Nachfolgerin zu legen. Bis Ende des Jahres 2027 planen rund 626.000 der 3,81 Mio. mittelständischen Unternehmen eine Nachfolgeregelung umzusetzen. Das entspricht 17 % aller KMU binnen Fünfjahresfrist.

Dem gegenüber steht ein strukturell geringes – und zuletzt wieder gesunkenes – Gründungsinteresse in Deutschland. Ein Nachfolgeengpass liegt nahe. Die Anzahl potenzieller Gründerinnen und Gründer ist zu niedrig, Erwerbstätige ziehen bereits seit Längerem eine abhängige Beschäftigung einer Selbstständigkeit vor. Zuletzt nahm nach den jüngsten Daten des KfW-Gründungsmonitors die Zahl der Existenzgründungen in Deutschland wieder ab und lag im Jahr 2022 bei 550.000.²⁴

Grafik 24: Grundsätzliche Nachfolgepläne in mittelständischen Unternehmen

Anteil der Inhaberinnen und Inhaber mit grundsätzlichen Nachfolgeplänen nach dem Rückzug aus dem Unternehmen (Anteile an allen KMU im Bundesland in Prozent)



Anmerkung: Ausschließlich im jeweiligen Befragungsjahr neu in den Datensatz aufgenommene Unternehmen werden berücksichtigt.

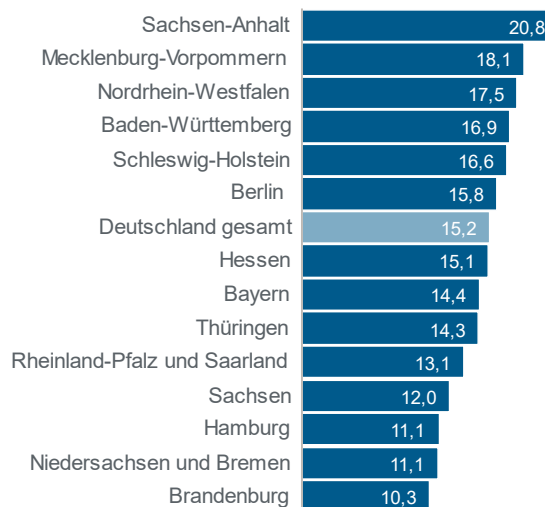
Quelle: KfW Research.

Die sinkende Zahl der Existenzgründungen an sich ist allein aber nicht ausschlaggebend. Vielmehr ist es die sehr geringe Zahl an Gründerinnen und Gründern, die auf bereits bestehende Unternehmensstrukturen zurückgreifen. Insgesamt gibt es gegenwärtig jährlich nur etwa halb so viele Übernahmegründungen wie Unternehmen mit Nachfolgebestrebungen im Mittelstand. Die allermeisten Neugründerinnen und -gründer ziehen eine Übernahme oder tätige Beteiligung erst gar nicht in Betracht.²⁵

Nicht überall in Deutschland scheinen anstehende Nachfolgen gleichermaßen ein drängendes Problem im Mittelstand zu sein (Grafiken 24 und 25). Vor größeren strukturellen Herausforderungen in den kommenden Jahren scheinen dabei vor allem Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen zu stehen. Der Anteil der innerhalb einer Fünfjahresfrist angestrebten Nachfolgen liegt dort am höchsten (Grafik 25). Vor allem Sachsen-Anhalt sticht heraus: Jedes fünfte Unternehmen plant die Übergabe oder den Verkauf des Unternehmens an einen Nachfolger (entweder innerhalb oder außerhalb der Familie). Treiber ist hier der mit 52 % weit überdurchschnittliche Anteil von Unternehmen, deren Inhaber generell Rückzugsgedanken hegen – in mehr als jedem zweiten Unternehmen ist das der Fall. An zweiter Stelle folgen KMU aus Nordrhein-Westfalen mit 44 %. Zur Einordnung: Für den gesamten Mittelstand steht ein Wert von 39 % zu Buche.

Grafik 25: Unternehmen mit konkreten mittelfristigen Nachfolgebestrebungen

Anteil der Unternehmen mit einer geplanten Unternehmensnachfolge innerhalb von fünf Jahren (Anteile an allen KMU im Bundesland in Prozent)



Anmerkung: Ausschließlich im jeweiligen Befragungsjahr neu in den Datensatz aufgenommene Unternehmen werden berücksichtigt.

Quelle: KfW Research.

Anders stellt sich die Situation in Hamburg, Niedersachsen und Bremen sowie – überraschenderweise angesichts der im Durchschnitt ältesten Unternehmerrschaft im Ländervergleich – in Brandenburg dar. Nur rund jedes zehnte Unternehmen hat dort konkrete Nachfolgebestrebungen innerhalb von fünf Jahren.

Nachfolgen innerhalb der Familie bei Unternehmen aus Bayern am beliebtesten

Generell stehen familienintern organisierte Unternehmensnachfolgen bei den mittelständischen Unternehmen hoch im Kurs. Und das auch recht stabil über die Zeit.²⁶ Mit Beginn der Corona-Krise nahm die Bedeutung familieninterner Nachfolgevarianten deutlich zu und hat sich seitdem auf hohem Niveau gehalten.

Das gilt über alle Bundesländer hinweg (Grafik 26). In jedem Bundesland ist die Übergabe des Unternehmens an ein Familienmitglied die am häufigsten präferierte Nachfolgevariante der Unternehmensleitungen mit Rückzugsplänen. „Spitzenreiter“ sind dabei KMU aus Bayern, wo sich 60 % der Altinhaber mit einem aktuellen Nachfolgedanken wünschen, das Unternehmen in die Hände eines Familienangehörigen zu legen. Selbst am anderen Ende der Verteilung, bei mittelständischen Unternehmen aus Sachsen-Anhalt liegt der Anteil noch immer recht hoch (44 %).

Dem weiter starken Wunsch einer Nachfolgelösung innerhalb der Familie steht allerdings ein eher geringes Interesse möglicher Nachfolgekandidaten gegenüber. Verlässliche Aussagen über die Gründe für die

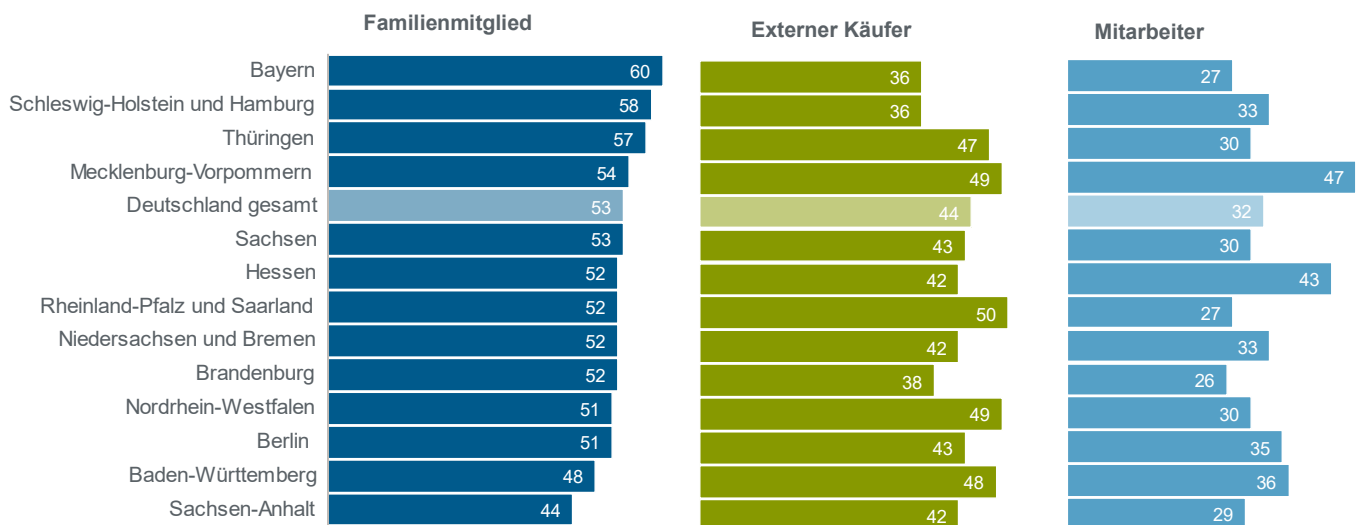
(offenbar zunehmende) Schwierigkeit, die Nachfolge innerhalb der Familie zu organisieren, sind schwierig zu treffen, zumal mehrere Erklärungsansätze zusammenkommen dürften (kleinere Nachfolge-Generationen aufgrund niedriger Geburtenkennziffern, nachlassender Automatismus der Übernahme des elterlichen Unternehmens, etc.).²⁷

Die Spreizung zwischen den Bundesländern bei der zweitfavorisierten Nachfolgevariante einer externen Übergabe bzw. eines Verkaufs an Externe (so zum Beispiel im Zuge einer derivativen Gründung) ist deutlich größer (Grafik 26, mittlere Teilgrafik). Während sich jeder zweite Inhabende in Rheinland-Pfalz und Saarland (50 %), in Mecklenburg-Vorpommern (49 %), Nordrhein-Westfalen (49 %) oder Baden-Württemberg (48 %) vorstellen kann, das Unternehmen im Zuge einer externen Übergabe zu verkaufen, trifft das auf KMU in Bayern oder Schleswig-Holstein und Hamburg nur auf rund ein Drittel der Unternehmen zu (36 %).

Grundsätzlich können mittelständische Unternehmen eine attraktive Option für externe Käufer sein. Potenzielle Käufer können auf ein bewährtes Geschäftsmodell zurückgreifen (inklusive Kundenstamm, Lieferanten, Auftragsbestand, Mitarbeiter, Knowhow, etc.) dessen generelle Tragfähigkeit in den meisten Fällen gegeben sein dürfte. Nachfolgeplanende Unternehmen sind in aller Regel durch sehr gute Ertragskraft, Eigenkapitalstärke und finanzielle Robustheit gekennzeichnet.²⁸ Diesen Vorteilen stehen bei externen

Grafik 26: Angestrebte Nachfolgevarianten mittelständischer Unternehmen

Unternehmensanteile in Prozent



Anmerkung: Mehrfachnennung möglich. Bezogen auf alle KMU mit Nachfolgeüberlegungen (unabhängig vom angedachten Rückzugszeitraum). Auswertungen für die Kategorie „Mitarbeiter“ beziehen nur KMU mit Mitarbeitern ein. Ohne Unternehmen, die aktuell eine Stilllegung nur in Betracht ziehen. Die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg werden hier aus Gründen der Belastbarkeit gemeinsam ausgewertet

Quelle: KfW Research.

Nachfolgen allerdings Erschwernisse im Vergleich zu familieninternen Übergaben gegenüber: Bei externen Nachfolgen sind z. B. Informationsasymmetrien stärker ausgeprägt, Aufwand und Zeitbedarf einer erfolgreichen Nachfolgelösung inklusive Suche, Planung, Kaufpreisermittlung und Verhandlung sind größer.

An dritter Stelle folgt die Möglichkeit, das Unternehmen durch ein oder mehrere aktuelle Mitarbeitende nach Rückzug der Senior-Generation fortführen zu lassen. Deutschland- bzw. mittelstandsweit kann sich etwa jeder dritte Altinhaber eine solche Variante vorstellen (32 %). Am häufigsten ziehen dies Unternehmensleitungen in Mecklenburg-Vorpommern (47%) in Betracht – hier sticht generell heraus, dass bei KMU in diesem Bundesland mehrere Varianten einer Nachfolge gleichzeitig eine Rolle spielen. Auch Unternehmerinnen und Unternehmen der hessischen Mittelständler können sich die Übergabe an Mitarbeitende überdurchschnittlich häufig vorstellen.

Diversität an der Unternehmensspitze kann eine Lösung sein

Grundsätzlich kann eine stärkere Mobilisierung von bislang nur unterdurchschnittlich in der Inhaberschaft vertretenen Personengruppen eine Option sein, um der demografischen Entwicklung und einer sich abzeichnenden „Nachfolgerlücke“ im Mittelstand entgegenzuwirken. Besonderes Augenmerk liegt darauf, dass Potenzial von Frauen als Führungspersonen stärker als bisher auszuschöpfen.

Deutschlandweit lag die Frauenquote an der Spitze mittelständischer Unternehmen im Jahr 2023 bei nur 15,8 %.²⁹ Der Anteil und die Anzahl von Frauen in der Leitung kleiner und mittlerer Unternehmen kommt über die letzten zwanzig Jahre betrachtet kaum voran – und ist im vergangenen Jahr wieder deutlich zurückgegangen. Im Jahr 2023 wurden 602.000 kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland von einer Frau geführt, ein Minus von rund 155.000 Unternehmen. Größere Impulse sind trotz der vielfältigen Anreize nicht in Sichtweite.

Frauengeführte mittelständische Unternehmen finden sich überdurchschnittlich häufig in den nordöstlichen Bundesländern wie Sachsen-Anhalt (22 %), Brandenburg (21 %), Berlin und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 19 %) (Grafik 27). Der deutschland- bzw. mittelstandsweite Wert im fünfjährigen Vergleichszeitraum 2018–2022 liegt bei 17 %.

Zumindest in Teilen lässt sich das Ergebnis auf die vorherrschende Branchenstruktur in den genannten Bundesländern zurückführen. In diesen Bundesländern ist der Anteil der KMU in Dienstleistungssektoren,

vor allem im Bereich der Sonstigen Dienstleistungen, vergleichsweise hoch. Gerade in diesen Branchen sind Frauen überdurchschnittlich häufig aktiv bzw. selbstständig tätig. Allein neun von zehn Chefinnen lenken ein mittelständisches Dienstleistungsunternehmen (90 %). Der mit Abstand höchste Anteil weiblicher Inhaber findet sich im aggregierten Segment der Sonstigen Dienstleistungen (21 %). Darunter fallen vor allem das Gastgewerbe, Segmente des stationären Einzelhandels, Reiseveranstalter aber auch zahlreiche Teilbranchen aus dem Bereich der persönlichen und/oder körpernahen Dienstleistungen, Aus- und Weiterbildung sowie der Kultur- und Veranstaltungsbranche.

Grafik 27: Frauengeführte Unternehmen

Anteil der Unternehmen mit einer Frau in der Unternehmensleitung in Prozent



Anmerkung: Ausschließlich im jeweiligen Befragungsjahr neu in den Datensatz aufgenommene Unternehmen werden berücksichtigt.

Quelle: KfW Research.

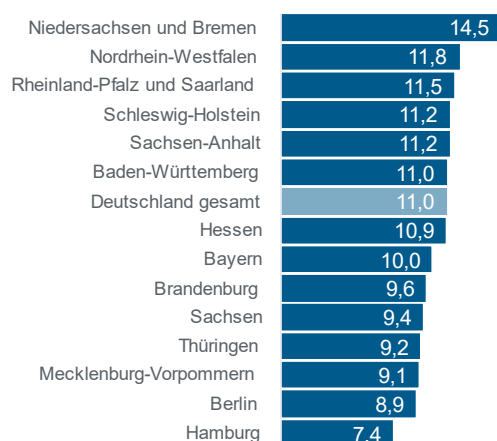
Ausbildungsaktivität ist Spiegel der Strukturen vor Ort

In Zeiten zunehmender Fachkräfteengpässe gewinnt die Qualifizierung des Nachwuchses im Zuge von Ausbildungsverhältnissen an Bedeutung. Gegenwärtig absolvieren rund 90 % aller Auszubildenden in Deutschland ihre Ausbildung in mittelständischen Unternehmen. Der weit überwiegende Teil der dualen Berufsausbildung findet also in den kleinen und mittleren Unternehmen statt. Im fünfjährigen Betrachtungszeitraum lag die deutschlandweite Quote von ausbil-

denden mittelständischen Unternehmen dennoch „nur“ bei 11 % (Grafik 28). Dass die Ausbildungsquote nicht höher liegt, hat seinen Ursprung in der Kleinteiligkeit des Mittelstands, der zu 80 % aus Kleinstunternehmen mit weniger als fünf Beschäftigten besteht. Von diesen bildet nur ein Bruchteil aus (4 %). Demgegenüber sind drei Viertel der größeren Mittelständler mit mindestens 50 Beschäftigten Ausbildungsunternehmen.

Grafik 28: Auszubildende Unternehmen

Anteil der Unternehmen mit mindestens einem Auszubildenden in Prozent



Quelle: KfW-Research.

In den Bundesländern ist die Ausbildungsbeteiligung der KMU unterschiedlich. Weit überdurchschnittlich ausbildungsaktiv sind KMU in Niedersachsen und Bremen (14,5 %). Auf ein breites Mittelfeld folgend, finden sich anteilig die wenigsten Ausbildungsunternehmen in den beiden Stadtstaaten Hamburg (7 %) sowie Berlin (9 %). Dort dominieren Dienstleistungsunternehmen (in freiberuflichen Berufsfeldern), also oftmals sehr kleine Unternehmen, die kaum über die Kapazitäten für eine Ausbildung verfügen. Auch traditionell starke Ausbildungsbranchen (Verarbeitendes Gewerbe, Bau, Handwerk) mit Ausbilderanteilen von 20–30 % sind in Großstädten seltener vertreten.

Die relativ niedrigen Anteile an Ausbildungsunternehmen in Ostdeutschland lassen sich unter anderem auf die hohe Anzahl an Kleinstunternehmen zurückführen. Zudem dürfte es vielerorts durch Bevölkerungsrückgänge auch an der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen mangeln, nicht nur am Angebot bzw. den grundsätzlichen Kapazitäten.

Die Ausgangslage mag abweichen, die wesentlichen Herausforderungen sind gleich

Der KfW-Mittelstandsatlas 2024 wirft ein Schlaglicht auf die regionalen Muster mittelständischer Unternehmenstätigkeit in Deutschland. Die dabei gezeigten

regionalen Besonderheiten legen nahe, dass es sinnvoll sein kann, differenzierte wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Unterstützung der jeweiligen Unternehmenslandschaft einzusetzen. Es wird überdies sehr deutlich, dass sich Spitzenpositionen und Nachholpotenziale – sofern man je nach Indikator überhaupt davon sprechen kann – je nach Blickwinkel unterscheiden. Ein übergeordnetes Ranking oder Ähnliches kann es schlicht nicht geben.

Mag der Status Quo sich zwischen den Bundesländern auch unterscheiden – die künftigen, grundlegenden Herausforderungen, vor denen Unternehmen und Wirtschaftspolitik gleichermaßen stehen, ähneln sich dabei sehr. So hat – als eher jüngere Entwicklung – nicht zuletzt die geldpolitische Wende im Sommer 2022 eine über zehn Jahre anhaltende Niedrigzinsphase beendet und das Finanzierungsumfeld für mittelständische Unternehmen spürbar verändert.³⁰ Auch wenn aktuell die Zeichen wieder auf Zinssenkung stehen, so spricht vieles dafür, dass das Zinsniveau auf längere Sicht höher bleiben dürfte als im letzten Jahrzehnt. Dies kann sich bremsend auf Investitionen auswirken. Im vergangenen Jahr zeigten sich die **Unternehmensinvestitionen** stabil, aber die Erwartungen sind trübe.³¹ Mit Blick auf die Sicherung der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit und auf die Investitionsbedarfe, die sich aus der dualen Transformation für den Unternehmenssektor ergeben, sind dies wenig erbauliche Entwicklungen.

Denn gerade jetzt erfordert die anstehende duale Transformation erhöhte Anstrengungen. Die Weichen für eine **grüne und digitale Transformation** als Schlüssel für eine erfolgreiche Anpassung an das veränderte Umfeld müssen gestellt werden.³² Gerade die schon eingeschlagene, grüne Transformation ist vor diesem Hintergrund dringlich, denn sie hilft Abhängigkeiten bei der Versorgung mit fossilen Energieträgern zu verringern. Um auch zukünftig Wertschöpfungspotenziale zu nutzen, sind Fortschritte bei der Digitalisierung und das Erschließen digitaler und grüner Wachstumsmärkte unabdingbar. Investitionen sind dabei ein zentraler Baustein des notwendigen Umbaus. Umso wichtiger ist es, die Investitionstätigkeit der Unternehmen anzuregen und intelligent zu unterstützen.

Für die Unternehmen sind **Klimaschutz und Digitalisierung** als Investitionsbereiche wichtiger geworden. Die duale Transformation erfordert jedoch mehr – auch bei der **Innovationstätigkeit**. Innovationen kommt nicht nur eine Schlüsselrolle für die künftige Wettbewerbsfähigkeit zu. Vielmehr geht von einer starken Innovationsfähigkeit auch eine positive Wirkung auf die Resilienz gegenüber zukünftigen Krisen

aus, z. B. über eine verbesserte Anpassungsfähigkeit von Produktionsprozessen bzw. Leistungserstellung, Vertriebswegen und Liefer- und Leistungsverflechtungen. Im Mittelstand allerdings trat die Innovationstätigkeit zuletzt auf der Stelle.³³ Und das, obwohl Deutschlands Innovationsökosystem zu den führenden weltweit gehört. Sowohl Innovatoren als auch Innovationsausgaben bewegen sich seit einigen Jahren seitwärts. Finanzierungsschwierigkeiten und fehlende Fachkräfte sind dabei die größten Hemmnisse.

Eine besonders große Herausforderung wird in den nächsten Jahren die schier quantitative **Entwicklung des Arbeitskräftepotentials** sein: In kaum einem anderen Land wird die Erwerbsbevölkerung demografiebedingt bis 2030 so stark sinken wie in Deutschland. Ein Umbruch der bevorstehenden Größenordnung verlangt nach verschiedenen Strategien, um die negativen Folgen für Wachstum und Wohlstand so gut wie möglich abzumildern. Dazu gehört die Steigerung der inländischen Erwerbsbeteiligung (insbesondere von Geringqualifizierten, Frauen und älteren Menschen) genauso wie die Migration und Integration ausländischer Fachkräfte.³⁴

Eng an demografische Prozesse gekoppelt ist die zunehmende „**Nachfolgelücke**“ im Mittelstand. Nachfolgewünsche werden vermutlich häufiger allein mangels passender Nachfolger oder Nachfolgerinnen unerfüllt bleiben. Umso wichtiger erscheint das Verfolgen mehrerer Nachfolgevarianten parallel sowie die frühzeitige Auseinandersetzung mit der Thematik. Generell ist

aber festzuhalten: Der zentrale Baustein zur Verminderung der Nachfolgelücke ist und bleibt die Aktivierung von (potenziellen) Übernahmegründerinnen und -gründern. Nur ein reges Gründungsgeschehen ist langfristig in der Lage, die Engpässe der Unternehmensnachfolge im Mittelstand (wenigstens teilweise) zu beheben – und so einer etwaig drohenden Überalterung in den Chefsesseln der Unternehmen entgegenzuwirken.³⁵

Durch den Wandel hin zu einer klimaneutralen (und digitalen) Wirtschaft ergeben sich zudem auch **neue Anforderungen an die beruflichen Fähigkeiten der Beschäftigten** (z. B. spezifisches wirtschaftliches, technisches oder digitales Knowhow). Jedoch mangelt es über der Hälfte der KMU an einer oder mehreren dieser Kompetenzen. Um einer Koexistenz von Fachkräftemangel und Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, sind Weiterbildungsmaßnahmen von zentraler Bedeutung. Ziel muss es sein, wichtige Schlüsselkompetenzen in bestehende Angebote zu integrieren und eine systematische, regelmäßige und hochwertige Fort- und Weiterbildung in der Breite zu ermöglichen.³⁶

Ein hohes Risiko für ihre Wettbewerbsfähigkeit sehen Mittelständler auch in der **Bürokratie**. Bürokratie ist zwar grundsätzlich Voraussetzung für regelgebundenes Handeln, das Rechtssicherheit gibt und faires Wirtschaften ermöglicht. Bei wachsender Bürokratie steigt aber das Risiko, dass der Nutzen mit den Kosten nicht mehr Schritt hält. Um Bürokratie abzubauen, müssen Komplexität reduziert, die Geschwindigkeit erhöht, Prozesse digitalisiert und die Kundenorientierung verbessert werden.³⁷

KfW-Mittelstandsatlas 2024: Datenbasis und Methode

Die repräsentative Regionalauswertung KfW-Mittelstandsatlas 2024 basiert auf Daten des KfW-Mittelstandspanels. Das **KfW-Mittelstandspanel** wird seit dem Jahr 2003 als schriftliche Wiederholungsbefragung der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland mit einem Umsatz von bis zu 500 Mio. EUR im Jahr durchgeführt. Aktuell liegen 21 Wellen vor. Mit einer Datenbasis von bis zu 15.000 Unternehmen pro Jahr stellt das KfW-Mittelstandspanel **die einzige repräsentative Erhebung im deutschen Mittelstand** und damit die wichtigste Datenquelle für mittelstandsrelevante Fragestellungen dar. Durch die Repräsentativität für sämtliche mittelständische Unternehmen aller Größenklassen und Branchen in Deutschland bietet das KfW-Mittelstandspanel die Möglichkeit, Hochrechnungen auch für Kleinstunternehmen mit weniger als fünf Beschäftigten durchzuführen.

Auf Basis des KfW-Mittelstandspanels werden Analysen zur langfristigen strukturellen Entwicklung des Mittelstands durchgeführt. Das KfW-Mittelstandspanel liefert ein repräsentatives Abbild der gegenwärtigen Situation, der Bedürfnisse und der Pläne mittelständischer Unternehmen in Deutschland. Den Schwerpunkt bilden jährlich wiederkehrende Informationen zum Unternehmenserfolg, zur Investitionstätigkeit, Finanzierungsstruktur sowie Innovations- und Digitalisierungsaktivitäten. Dieses Instrument bietet die einzigartige Möglichkeit, quantitative Kennziffern mittelständischer Unternehmen, wie Investitionsausgaben, Kreditaufnahme oder Eigenkapitalquoten zu bestimmen.

Zur **Grundgesamtheit des KfW-Mittelstandspanels** gehören alle mittelständischen Unternehmen in Deutschland. Hierzu zählen private Unternehmen sämtlicher Wirtschaftszweige, deren jährlicher Umsatz die Grenze von 500 Mio. EUR nicht übersteigt. Ausgeschlossen sind der öffentliche Sektor, Banken sowie Non-Profit Organisationen. Die Stichprobe des KfW-Mittelstandspanels ist so konzipiert, dass repräsentative und verlässliche Aussagen generiert werden. Die Stichprobe wird dazu in vier Schichtgruppen unterteilt: Fördertyp, Branchenzugehörigkeit, Beschäftigtengrößenklasse, Region. Um von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit schließen zu können, werden die Befragungsergebnisse gewichtet bzw. hochgerechnet.

Die für den **KfW-Mittelstandsatlas 2024** zum zweiten Mal durchgeführte regional differenzierte Betrachtung nutzt die fünf jüngsten jährlichen Erhebungswellen des KfW-Mittelstandspanels (Welle 17–21) – und **umfasst damit die Berichtsjahre 2018–2022** (Erhebungsjahre 2019–2023). Basierend auf dieser Zusammenfassung können im besten Fall 49.634 Beobachtungen für die Analyse berücksichtigt werden. Somit sind auch bei der nach Bundesländern vorgenommenen regionalen Disaggregation hinreichend hohe Fallzahlen sichergestellt. Um diesem Anspruch gerecht zu werden und ausschließlich robuste Ergebnisse vorzulegen, wird im aktuellen Bericht auf Ergebnisse zu den Bundesländern Bremen und Saarland verzichtet.

Durchgeführt wird die Befragung zum KfW-Mittelstandspanel von der GfK GmbH, im Auftrag der KfW Bankengruppe. Wissenschaftlich beraten wurde das Projekt vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim. Der Befragungszeitraum der Hauptbefragung der jüngsten Erhebungswelle des KfW-Mittelstandspanels lief vom 06.02.2023 bis zum 16.06.2023.

Weiterführende Informationen finden Sie im Internet unter: www.kfw-mittelstandspanel.de

¹ Schwartz, M. und J. Gerstenberger (2018), KfW-Mittelstandsatlas 2018: Regionale Gesichter des Mittelstands: ein Bundeslandvergleich, KfW Research.

² Die zugehörigen Ergebnisse zu den Corona-Sondererhebungen zum KfW-Mittelstandspanels finden sich hier: Schwartz, M. und J. Gerstenberger (2020), Corona-Krise hat den Mittelstand fest im Griff, aber Widerstandsfähigkeit (noch) hoch, Fokus Volkswirtschaft Nr. 286, KfW Research. – Schwartz, M. und J. Gerstenberger (2020), Corona-Krise im Mittelstand: Rückkehr zu voller Wirtschaftsaktivität in weiter Ferne, aber Lockerungen entspannen Liquidität, Fokus Volkswirtschaft Nr. 294, KfW Research. – Gerstenberger, J. und M. Schwartz (2020), KfW-Mittelstandspanel 2020: Corona-Pandemie trübt Erwartungen für 2020 – Mittelstand vor der Krise auf solidem Fundament, KfW Research. – Schwartz, M. und J. Gerstenberger (2021), Zwar belastet die Corona-Krise den Mittelstand auch zu Jahresbeginn, allerdings bleibt die Lage trotz Lockdowns stabil, Fokus Volkswirtschaft Nr. 315, KfW Research. – J. Gerstenberger (2021), Licht am Ende des Tunnels – die Lage im Mittelstand entspannt sich, Fokus Volkswirtschaft Nr. 333, KfW Research. – Schwartz, M. (2022), Corona-Betroffenheit im Mittelstand nimmt wieder zu: Personalausfälle häufen sich, aber finanzielle Lage intakt, Fokus Volkswirtschaft Nr. 374, KfW Research. – Schwartz, M. (2022), KfW-Mittelstandspanel 2022: Der Mittelstand hat die Pandemie weitgehend verdaut, aber Ukraine-Krieg und Energiekrise verdüstern die Aussichten, KfW Research.

³ Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung der Länder“ (AK ETR) — Berechnungsstand: Januar 2023.

⁴ Wissensintensive Dienstleistungen umfassen solche Dienstleistungs-Teilbranchen mit einem überdurchschnittlich hohen Akademikeranteil an der Gesamtbeschäftigung bzw. Dienstleistungen mit einer starken Technologieorientierung. Darunter fallen beispielsweise Architektur- und Ingenieurbüros, Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatungen, Datenverarbeitung oder Fernmeldedienste. Die Abgrenzung basiert auf der sogenannten NIW/ISI-Liste wissensintensiver Industrien und Dienstleistungen, die wiederum auf der WZ2008-Systematik des Statistischen Bundesamtes fußt.

⁵ Siehe hierzu die grundlegenden Arbeiten: Jacobs, J. (1969), *The Economy of Cities*. New York: Random House. Isard, W. (1956), *Location and Space-economy; a General Theory Relating to Industrial Location, Market Areas, Land Use, Trade, and Urban Structure*. Cambridge, MA: MIT. Einen generellen Überblick über die akademische Debatte bieten Beaudry, C. und A. Schifffauerova (2009), *Who's Right, Marshall or Jacobs? The Localisation Versus Urbanisation Debate*. *Research Policy* 38, pp. 318–337.

⁶ Vgl. IAB (2015), *Wandel der Betriebslandschaft in West- und Ostdeutschland – Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2014*, IAB Forschungsbericht 9/2015, Nürnberg.

⁷ Für eine genaue Definition siehe § 18 Abs. 1 Nr. 1 EStG.

⁸ Der Begriff der Photonikbranche bezieht sich hier auf Hersteller optischer Technologien wie u. a. Mikroskopie, Lasertechnik, Machine Vision oder Sensorik. Anwendungsbereiche der optischen Technologien sind insbesondere Produktionstechnik, Bildverarbeitung und Messtechnik, Medizintechnik und Lebenswissenschaften, Beleuchtungstechnik, Energietechnik sowie optische Komponenten und Systeme. Vgl. [BMWK - Optische Technologien](#).

⁹ Vgl. <https://www.spectaris.de/verband/aktuelles/detail/deutsche-photonikbranche-verzeichnet-2022-aussergewoehnliches-umsatzplus-von-18-prozent/> und <https://wirtschaft-markt.de/2023/11/01/leuchtende-branche-aus-thueringen-photonik-als-schluesselfeldtechnologie-fuer-zukunftsanwendungen/>

¹⁰ Die Wachstumsrate der Beschäftigten wird auf Grundlage der Vollzeitäquivalenten (VZÄ oder Full-Time-Equivalent (FTE)) berechnet. Hierdurch wird – im Gegensatz zum Erwerbstätigenkonzept – die tatsächliche Arbeitsnachfrage abgebildet. Die vollzeitäquivalente Beschäftigten errechnen sich aus der Zahl der Vollzeitbeschäftigten (inklusive Inhaber) zuzüglich der Zahl der Teilzeitbeschäftigten multipliziert mit dem Faktor 0,5. Auszubildende werden nicht berücksichtigt.

¹¹ E-Commerce ist nach Definition des Statistischen Bundesamts der Ein- und Verkauf von Waren und Dienstleistungen über elektronische Netze vor allem über das Internet oder EDI (elektronische Datenaustausch zwischen Computersystemen verschiedener Unternehmen). Voraussetzung ist die Bestellung von Waren oder Dienstleistungen über diese elektronischen Netze. Zahlung und Lieferung können dabei auf herkömmlichen Wegen erfolgen. Ein Großteil des E-Commerce entfällt auf automatisierte Übertragung und Weiterverarbeitung von regelmäßigen und gut prognostizierbaren Bestellungen im Rahmen von Geschäftsprozessen zwischen Unternehmen.

¹² Die Umsatzrendite ist definiert als Quotient aus Vorsteuerertrag und Umsatz.

Ausgewiesen werden jeweils mit dem Umsatz gewichtete Mittelwerte der Umsatzrendite.

¹³ Die Eigenkapitalquote ist definiert als Quotient aus Eigenkapital und Bilanzsumme. Ausgewiesen werden jeweils mit der Bilanzsumme gewichtete Mittelwerte der Eigenkapitalquote. Zur Berechnung werden nur bilanzierungspflichtige Unternehmen herangezogen.

¹⁴ Unsere Daten zeigen dazu, dass bei 19 % der KMU der ostdeutschen Flächenländer mindestens 25 % des Kapitals oder über 25% der Stimmanteile im Besitz anderer Unternehmen ist. In den westdeutschen Bundesländern sind es nur 14 %.

¹⁵ Trautvetter, A. (2011), *Bedeutung der Eigenkapitalausstattung für den Mittelstand*, HWWI Policy Paper 56, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut.

¹⁶ Eine über dem Bundesdurchschnitt und am oberen Ende der Rangfolge liegende Eigenkapitalquote für Unternehmen aus den ostdeutschen Bundesländern einerseits sowie eher schwach kapitalisierte Unternehmen in Berlin und Hamburg weisen auch andere Quellen nach: Creditreform Rating Agentur (2015), *Eigenkapitalpolster im deutschen Unternehmenssektor* (https://www.creditreform-rating.de/fileadmin/user_upload/creditreform-rating.de/Dokumente/Fachpublikationen/15-11-26_Creditreform_Rating_EKpolster_deutscher_Unternehmen.pdf)

¹⁷ Schwartz, M., Brüggemann, A. und M. Schwarz (2022), *Energiekosten im Mittelstand steigen: Unternehmen geben Preiserhöhungen weiter und ergreifen Maßnahmen zur Energieeinsparung*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 384, KfW Research. – Schwartz, M., Abel-Koch J., und A. Brüggemann (2022), *Hohe Energiekosten durch den Krieg in der Ukraine – in der Breite des Mittelstands (noch) tragbar.*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 403, KfW Research.

¹⁸ Schwartz, M., Abel-Koch J., und A. Brüggemann (2022), *Hohe Energiekosten durch den Krieg in der Ukraine – in der Breite des Mittelstands (noch) tragbar.*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 403, KfW Research.

¹⁹ Schwartz, M. und J. Gerstenberger (2023), *KfW-Mittelstandspanel 2023: Belastungsfähigkeit des Mittelstands wird auf die Probe gestellt: bislang nur leichte Blessuren, aber erhöhte Anspannung ist spürbar*, KfW Research.

²⁰ Schwartz, M. und J. Gerstenberger (2023), *KfW-Mittelstandspanel 2023: Belastungsfähigkeit des Mittelstands wird auf die Probe gestellt: bislang nur leichte Blessuren, aber erhöhte Anspannung ist spürbar*, KfW Research.

²¹ Zweigstellen umfassen gemäß Definition der Deutschen Bundesbank „klassische“ Filialen sowie Außenstellen mit Selbstbedienungsterminals und zusätzlicher persönlicher Beratungsmöglichkeit.

²² [Demografischer Wandel: Anteil der Bevölkerung ab 65 Jahren von 1950 bis 2021 von 10 % auf 22 % gestiegen - Statistisches Bundesamt \(destatis.de\)](#)

²³ Schwartz, M. (2023), *Nachfolge-Monitoring Mittelstand 2022: Knappheit an Nachfolgekandidaten nimmt zu, Misserfolge dürften häufiger werden*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 424, KfW Research.

²⁴ Metzger G. (2023), *Gründungstätigkeit in Deutschland: im Spannungsfeld zwischen Fachkräftemangel und Corona-Blues*, KfW-Gründungsmonitor 2023, KfW Research.

²⁵ Metzger, G. (2023), *Demografische Alterung setzt Unternehmen bei Nachfolgern doppelt unter Druck*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 435, KfW Research.

²⁶ Schwartz, M. (2024), *Nachfolge-Monitoring Mittelstand 2023: Trotz Nachfolgerengpass sind drei Viertel der Übergaben bis Ende 2024 geregelt*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 450, KfW Research.

²⁷ Ebenso gibt es durchaus positive Signale. So konstatiert die Stiftung Familienunternehmen der nachfolgenden Generation (16- bis 40-jährige Vertreter eines familiengeführten Unternehmens) eine steigende Nachfolgebereitschaft, Entschlossenheit zur Verantwortungsübernahme, unternehmerisches Selbstbewusstsein bei gleichzeitigem Traditionsbewusstsein. Vgl. <https://www.familienunternehmen.de/fokus/unternehmensnachfolge>

²⁸ Schwartz, M. und A. Leifels (2022), *Geschäftsaufgaben im Mittelstand: Nachfolgemangel, Rentenalter und geringe wirtschaftliche Attraktivität entscheidend*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 393, KfW Research.

²⁹ Schwartz, M. (2024), *Anteil der Chefinnen 2023 rückläufig. Frauen bei Führungspositionen im Mittelstand generell unterrepräsentiert*, Fokus Volkswirtschaft Nr. 455, KfW Research.

³⁰ Zur Entwicklung der Finanzierungsbedingungen siehe u. a.: Herold Esteves, J. G. (2023), KfW-ifo-Kredithürde Q4 2022: Die Situation am Kreditmarkt wird für die Unternehmen zusehends ungemütlich, KfW Research., Schoenwald, S. (2023), KfW-ifo-Kredithürde Q3 2023: Schwierigkeiten für Unternehmen in Kreditverhandlungen wachsen, KfW Research. Gerstenberger, J. und M. Schwartz (2023), KMU verzichten häufiger auf Bankkredite – Zinsniveau spielt dabei eine große Rolle, Fokus Volkswirtschaft Nr. 443, KfW Research. Körner, J. (2024), KfW-ifo-Kredithürde Q1 2024: Kreditzugang für KMU etwas verbessert, aber weiterhin restriktiv, KfW Research.

³¹ Borger, K. (2023), Unternehmensinvestitionen 2023: trotz Anstieg noch unter Vor-Corona-Niveau, Volkswirtschaft Kompakt Nr. 241, KfW Research.

³² Siehe u. a. Brüggemann, A., Grewenig, E., Römer, D., und M. Schwartz (2023): KfW-Klimabarometer 2023. Trotz Energiekrise: Anstieg der Klimaschutzinvestitionen deutscher Unternehmen im Jahr 2022 um real 18 %, KfW Research und Zimmermann, V. (2024), KfW-Digitalisierungsbericht Mittelstand 2023: Digitalisierungsaktivitäten trotz der Konjunktur, KfW Research,

³³ Zimmermann, V. (2024), KfW-Innovationsbericht Mittelstand 2023: Innovationsfähigkeit tritt auf der Stelle, KfW Research.

³⁴ Siehe u. a. Müller, M. (2023), Zeitenwende durch Fachkräftemangel: Die Ära gesicherten Wachstums ist vorbei, Fokus Volkswirtschaft Nr. 414, KfW Research und Müller, M. (2023), KfW-ifo-Fachkräftebarometer Dezember 2023: Schwache Konjunktur verringert Fachkräftemangel – Herausforderung bleibt, KfW Research.

³⁵ Schwartz, M. (2024), Nachfolge-Monitoring Mittelstand 2023: Trotz Nachfolgerengpass sind drei Viertel der Übergaben bis Ende 2024 geregelt, Fokus Volkswirtschaft Nr. 450, KfW Research.

³⁶ Siehe u. a. Grewenig, E. (2023), Vielfältiger Kompetenzbedarf zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen – Stellschraube Weiterbildung?, Fokus Volkswirtschaft Nr. 444, KfW Research; Zimmermann, V. (2023), Mittelständische Unternehmen setzen auf Qualifizierung und allgemeine personalpolitische Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs, Fokus Volkswirtschaft Nr. 445, KfW Research und Zimmermann, V. (2024), Hohe Anforderungen an die Kompetenzen erschweren die Stellenbesetzung vor allem in innovativen Unternehmen, Fokus Volkswirtschaft Nr. 451, KfW Research.

³⁷ Siehe u. a. Metzger G. (2023), Dreiklang des Bürokratieabbaus: einfacher, schneller, digitaler, Fokus Volkswirtschaft Nr. 422, KfW Research und Zimmermann, V. (2024), Datenschutz, Steuer- und Arbeitsrecht sowie lange Verwaltungsverfahren mit Blick auf Bürokratie am häufigsten genannte Innovationshemmnisse, Fokus Volkswirtschaft Nr. 448, KfW Research.